

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Heinz Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Nöcken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 31

Nummer 26

Düsseldorf, den 28. Juni 1930

Versandort Krefeld

Warum soziale Reaktion?

KW. Die deutsche Arbeiterschaft durchlebt gegenwärtig schwere Zeiten. Hart drückt die Not die Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit ihren Familien. Während man allgemein angenommen hatte, daß mit Beginn des Frühjahrs eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt eintreten würde, ist diese im wesentlichen ausgeblieben. Rund drei Millionen Menschen suchen vergebens nach dem Arbeitsplatz. Die harte Unterstützung, die in ihrer gegenwärtigen Höhe auf die Dauer gesehen nicht vor der völligen Verelendung schützen kann, soll nach den Vorschlägen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weiter abgebaut werden. Bereits im vergangenen Jahre ist ein Abbau erfolgt, der die Monatsunterstützung durchschnittlich um rund 4,80 RM senkte. Das Schlagwort von der „ungebührlichen Ausnutzung der Versicherung“ hat bewirkt, daß der Bezug der Unterstützung wesentlich erschwert wurde. So ist durch eine vielfach sehr enge Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen mancher Arbeitslose ohne jegliche Unterstützung.

Aber nicht nur die völlig Arbeitslosen leiden unter diesen Zuständen, sondern auch vielfach die noch in Arbeit stehenden. Ein großer Teil der letzteren arbeitet verkürzt, so daß der Lohn kaum höher ist wie die Arbeitslosenunterstützung, ja manchmal nicht an diese heranreicht. Dazu kommt dann bei jenen noch die dauernde Sorge darüber, ob nicht doch eines Tages die Fabriktore sich für sie schließen. Bei der Unmöglichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen, ist diese Sorge wohl verständlich. Bedeutet doch der Verlust des Arbeitsplatzes gegenwärtig meistens das Hinabsinken ins Elend.

Die große Not der deutschen Arbeiterschaft benutzten die Arbeitgeber, um möglichst weit in Richtung ihrer reaktionären Ziele vorzustoßen. Sie propagieren nicht nur den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, sondern die gesamte Sozialversicherung ist das Ziel ihrer Angriffe. Besonders die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und der Hansabund haben in letzter Zeit in umfangreichen Denkschriften die Notwendigkeit einer Rückwärtsentwicklung der deutschen Sozialversicherung zu begründen versucht. Von den Gewerkschaften ist dieser Schlag gegen die Sozialversicherung wohl pariert worden. Aber die dauernde Bearbeitung der Öffentlichkeit in dieser Richtung hat doch weite Kreise — selbst Wissenschaftler — gegen die Gewerkschaft scharf gemacht. So ist im Bürgertum gegenwärtig die Auffassung von der Untragbarkeit der sozialen Lasten ziemlich allgemein.

In den letzten Wochen tritt nun zu all diesen Bestrebungen auf Abbau der Sozialversicherung die weitere Forderung auf Senkung der Löhne.

Man begründet diese Forderung mit der Notwendigkeit einer Preis senkung und hält letztere nur in Verbindung mit einer Lohnsenkung für durchführbar. Also auch hier soll wieder die Last einseitig auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden. Statt einmal dort anzupacken, wo meist die Ursachen für unsere hohen Verbraucherpreise liegen — nämlich beim Zwischenhandel — macht man sich die Sache bequem und handelt nach der Parole „Den Lezten beißen die Hunde“. Gerade die Arbeitgeber hätten doch alle Ursache, sich auch mal zwecks Preisabbau in ihren eigenen Reihen umzusehen. Die Preisbindungen der Kartelle und Syndikate wirken doch sicherlich auch nicht verbilligend auf den Verbrauch.

Auffallen muß bei diesen Bestrebungen auf Verbilligung der Produktion, daß man gerade bei den am schlechtesten Gestellten mit dem Abbau beginnen will.

Die Begründung für die Lohnkürzung würde sicherlich viel wirkungsvoller und einleuchtender sein, wenn man zunächst mal mit der Kürzung bei den Direktorengehältern und Aufsichtsratsmitgliedern beginnen wollte.

Auch müßte das große Heer der Beamten, besonders der höheren, zunächst mal herangezogen werden. Es ist doch nicht so, daß die Verbilligung der Produktion nur durch eine Senkung der Arbeiterlöhne herbeigeführt werden kann.

Bei all diesen Versuchen auf Schwächung der Existenzbasis der Arbeiterschaft kann man nicht umhin, nach den Ursachen für diese Mängel zu suchen. Das Reichsstatistische Amt gibt uns da ganz unparteiische Fingerzeige. Nach seinen Angaben sind gewerkschaftlich organisiert:

von 16 Millionen Arbeitern	36,5 vom Hundert
von 3,8 Millionen Angestellten	41,6 vom Hundert
von 1,6 Millionen Beamten	79,4 vom Hundert

Sier zeigt sich ganz klar, warum bei der Arbeiterschaft die Abbaubestrebungen am leichtesten durchzuführen sind. Bei dem gewaltigen Heer der Unorganisierten kann der Widerstand nie so einheitlich zusammengefaßt werden, als wie das beispielsweise bei der 79 Prozent organisierten Beamtenerschaft der Fall ist. Die Behandlung der Frage des Notopfers ist hierfür ein sprechender Beweis. Nachdem Menschen ist es eingeleitet, statt der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung einer Senkung

Wirtschaftsnot - Volksnot!

Die rheinischen Textilarbeiter zur Wirtschaftskrise.

Nachdem bereits am 17. Juni in Münster i. W. die Vertreter unseres Verbandes zur wirtschaftlichen Lage Stellung genommen haben, fand am 19. Juni im Gesellenhause in Aachen eine Tagung der christlichen Textilarbeiterführer für das gesamte Rheinland statt, die sich zu einer eindrucksvollen Rundgebung gestaltete.

Als Hauptredner der Konferenz sprach unser Verbandsvorsitzender, Reichstagsabgeordneter Kollege Fahrenbrach, über das Thema „Wirtschaftsnot - Volksnot!“

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise — so führte der Redner u. a. aus — ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Alle großen Industrieländer und auch Agrarstaaten werden zurzeit von einer schweren Krise betroffen. Das Ansteigen in der Arbeitslosenzahl in fast allen Ländern kennzeichnet diese Krise. Die Ursachen dieser Weltkrise können nicht in deutschen Verhältnissen oder in einem Verschulden Deutschlands gesucht werden. Darum kann auch eine Behebung nicht allein von wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in Deutschland erfolgen.

Die Hauptursachen der Weltwirtschaftskrise

liegen im Weltkrieg und in den Kriegsjahren.

Die Zerstückelung der mittel- und westeuropäischen Staaten und die allgemeine Verarmung ihrer Bevölkerung,

die gegenseitige Abschließung der Länder und die dadurch bedingte Erschwerung des Güterauslaufes, die Errichtung eines eigenartigen Wirtschaftssystems in der Sowjet-Union und das Freiheitsstreben bisher abhängiger Völker (Indien und China etc.) nach Selbstverwaltung und Selbstbestimmung.

In vielen Staaten hat sich eine übersteigerte Industrialisierung vollzogen. Dieselbe ist verschärft worden durch eine übertriebene Rationalisierung und eine sprunghafte Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Die Folge dieser Entwicklung war — mitverursacht durch die starke Verschiebung der Goldbestände und das Zurückbleiben der Goldproduktion hinter der Nachfrage nach Gold — ein starker Rückgang fast aller Preise für industrielle Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Trotzdem ist durch die Kartellierung zahlreicher Industrien eine übertriebene Preissteigerung und künstliche Hochhaltung der Preise erreicht worden. Dieselbe wird verstärkt durch die Aufblähung des Handels in der Nachkriegszeit, der die übergroßen Preisspannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen verschuldet. Dabei waren in den letzten Jahren ungewöhnlich große Wertentwerten bei verschiedenen Erzeugnissen — so insbesondere Getreide, Baumwolle und Wolle — zu verzeichnen.

Die Krise der deutschen Wirtschaft

wird verschärft durch eine erhebliche Schwächung der deutschen Produktions- und Kaufkraft infolge der Reparationsleistungen, der Inflation und eine ungeheure Verschuldung gegenüber dem Auslande. Ferner ist eine erhebliche Steigerung der Erwerbstätigen gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten, die besonders zu einer gewaltigen Aufblähung im Handel und zu einer Ueberfüllung der akademischen Berufe geführt hat. Ein überlegter Verwaltungsapparat in Reich, Ländern und Gemeinden führte zu einer starken steuerlichen Belastung, die naturgemäß lähmend die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst.

Trotzdem in den letzten Jahren die Erzeugung Deutschlands in Industrie und Landwirtschaft durch produktiv-technische und organisatorische Fortschritte und erhöhte Arbeitsintensität um mehr als 20 Prozent gestiegen ist, hat das Umsatzzolumen sich kaum gesteigert. Die Ursache dafür liegt vor allem in den übersteigerten Verbraucherpreisen, die trotz der Preislenkung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und industrielle Rohstoffe nicht entsprechend abgebaut wurden. Notwendigerweise mußte so die weit über den Abjah hinaus gesteigerte Produktion entsprechende Arbeitskräfte frei setzen und eine starke Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung und das große Heer der durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffenen Industriearbeiterschaft besitzt nicht die notwendige

Kaufkraft für den Konsum der durch den Handel verteuerten landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Steigerung der Kaufkraft durch den

Abbau der Preise!

Erforderlich ist vor allem, daß durch Anwendung staatlicher Zwangsmittel eine Senkung der kartellgebundenen Preise durchgeführt wird und ein Verbot der Preisbindung für Weiterverkäufer erfolgt. Das Mißverhältnis zwischen Soll- und Habenzinsen muß beseitigt werden, um durch einen normalen, verminderten Kapitalzins die Wirtschaft zu beleben. Durch eine großzügige Verwaltungsreform und Senkung der öffentlichen Ausgaben (Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung — Abbau überhöhter Gehälter und Pensionen) muß diese Aktion gefördert werden. Nur dann kann die notwendige Steigerung der Kaufkraft und die damit verbundene Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft erreicht werden, wenn ohne Rücksicht auf Standes- und Gruppeninteressen die geeigneten Mittel angewendet werden.

Ein Abbau der Sozialpolitik wie er von gewisser Seite immer wieder gefordert wird, muß den schärfsten Widerstand der arbeitenden Bevölkerung finden. Es geht nicht an, der Arbeiterschaft, die ohnedies am schwersten unter der Last der wirtschaftlichen Krise leidet, immer neue Opfer aufzubürden. Notwendig ist vielmehr, daß auch die anderen Berufsstände — nicht zuletzt die weiten Kreise der Festbesoldeten — bei der Ausbringung der Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit herangezogen werden.

Durch stürmischen Beifall gab die Konferenz ihre Zukolleg Kollege Böing, Düsseldorf, ergänzte diese Ausführungen und ging auf die Frage

Wirtschaftskrise und Lohnpolitik

durch folgende Erklärungen ein:

Die Vergangenheit hat uns oft gezeigt, daß die Zeiten wirtschaftlicher Krisen auch meist Zeiten sozialer Reaktion sind. Auch jetzt wird die Wirtschaftskrise wiederum zum Anlaß genommen, um der Arbeiterschaft Verschlechterungen aufzubürden.

Nachdem der Schiedspruch für Nordwest, der bekanntlich einen Abbau der Löhne bringt, verbindlich erklärt ist, propagiert ein Teil der Unternehmerchaft die Übertragung des Experimentes von Nordwest auf andere Industriegruppen und Bezirke.

Wir als Textilarbeiter müssen uns auf das allerstärkste gegen derartige Bestrebungen, soweit die Textilarbeiterschaft in Frage kommt, wehren. Die Löhne der Textilarbeiterschaft gehören mit zu den niedrigsten in der deutschen Industrie. Auch hat die Textilarbeiterschaft in den letzten Jahren in Form von Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit genügend Opfer gebracht.

Eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Textilarbeiterschaft würde der Industrie keinen Nutzen bringen, die Textilarbeiterschaft aber noch größeren Entbehrungen aussetzen. Nicht Lohnabbau ist es, was der Textilindustrie helfen kann, sondern lediglich eine Stärkung der Kaufkraft durch die Herabsetzung der bisher bei manchen Artikeln noch stark überhöhten Preise.

Abschließend gab die Konferenz ihrem Willen durch folgenden Telegamm an den Reichskanzler Dr. Brüning Ausdruck:

Reichskanzler Dr. Brüning
Reichskanzlei
Berlin

Konferenz rheinischer Textilarbeiter erwartet von Regierung wirksame Maßnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise und Finanznot, vor allem durch Abbau überhöhter Preise, Zinsfähe wie durch Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung. Konferenz erwartet besonders Festhalten an Vorhaben der Regierung Festbesoldete heranzuziehen zur Ausbringung der Mittel zur Behebung der Arbeitslosennot. Bisherige Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung ist unbedingt zu erhalten und sicherzustellen.

Zentralverband christlicher Textilarbeiter, Bezirk Rheinland.

der Bezüge der abgebauten Beamten das Wort zu reden. Trotzdem betragen diese Bezüge 30 Prozent des Gehaltes, während die Bezüge der Arbeitslosen in den 4 höchsten Klassen nur 35 Prozent des Einheitslohnes betragen. Nach den neuesten Vorschlägen sollen sie sogar bis auf 25 Prozent gekürzt werden.

Beim Vergleich mit der Angestelltenchaft schneiden die Arbeiter ebenfalls ungünstig ab. Zwar ist hier der

Unterschied im Organisationsverhältnis nicht so groß, wie bei den Beamten. Unser Kampf um die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung hatte bisher keinen Erfolg. Dagegen war es den Angestellten möglich, die Altersgrenze für länger als 1 Jahr Arbeitslose in der Angestelltenversicherung auf 60 Jahre herunterzudrücken. Was für den Angestellten zugestimmt wird, müßte doch dem Arbeiter genau so gut eingeräumt werden.

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Heinz Jägerbrecht, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 22. Druck u. Versand Joh. van Nieuwen, Krefeld, Rath. Allee 25, Tel. 245 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 50

Nummer 26

Düsseldorf, den 28. Juni 1930

Verbandsort Krefeld

Warum soziale Reaktion?

KW. Die deutsche Arbeiterschaft durchlebt gegenwärtig schwere Zeiten. Hart drückt die Not die Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit ihren Familien. Während man allgemein angenommen hatte, daß mit Beginn des Frühjahrs eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkte eintreten würde, ist diese im wesentlichen ausgeblieben. Rund drei Millionen Menschen suchen vergebens nach dem Arbeitsplatz. Die karge Unterstützung, die in ihrer gegenwärtigen Höhe auf die Dauer gesehen nicht vor der völligen Verelendung schützen kann, soll nach den Vorschlägen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weiter abgebaut werden. Bereits im vergangenen Jahre ist ein Abbau erfolgt, der die Monatsunterstützung durchschnittlich um rund 4,80 RM. senkte. Das Schlagwort von der „ungehörlichen Ausnutzung der Versicherung“ hat bewirkt, daß der Bezug der Unterstützung wesentlich erschwert wurde. So ist durch eine vielfach sehr enge Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen mancher Arbeitslose ohne jegliche Unterstützung.

Aber nicht nur die völlig Arbeitslosen leiden unter diesen Zuständen, sondern auch vielfach die noch in Arbeit stehenden. Ein großer Teil der letzteren arbeitet verkürzt, so daß der Lohn kaum höher ist wie die Arbeitslosenunterstützung, ja manchmal nicht an diese heranreicht. Dazu kommt dann bei jenen noch die dauernde Sorge darüber, ob nicht doch eines Tages die Fabriktore sich für sie schließen. Bei der Unmöglichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen, ist diese Sorge wohl verständlich. Bedeutet doch der Verlust des Arbeitsplatzes gegenwärtig meistens das Hinabsinken ins Elend.

Die große Not der deutschen Arbeiterschaft benutzen die Arbeitgeber, um möglichst weit in Richtung ihrer reaktionären Ziele vorzustoßen. Sie propagieren nicht nur den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, sondern die gesamte Sozialversicherung ist das Ziel ihrer Angriffe. Besonders die Verarmung deutscher Arbeitgebetverbände und der Hansabund haben in letzter Zeit in umfangreichen Denkschriften die Notwendigkeit einer Rückwärtsrevidierung der deutschen Sozialversicherung zu begründen versucht. Von den Gewerkschaften ist dieser Schlag gegen die Sozialversicherung wohl pariert worden. Aber die dauernde Bearbeitung der Öffentlichkeit in dieser Richtung hat doch weite Kreise — selbst Wissenschaftler — gegen die Gewerkschaft scharf gemacht. So ist im Bürgertum gegenwärtig die Auffassung von der Untragbarkeit der sozialen Lasten ziemlich allgemein.

In den letzten Wochen tritt nun zu all diesen Bestrebungen auf Abbau der Sozialversicherung die weitere Forderung auf Senkung der Löhne.

Man begründet diese Forderung mit der Notwendigkeit einer Preissenkung und hält letztere nur in Verbindung mit einer Lohnsenkung für durchführbar. Also auch hier soll wieder die Last einseitig auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden. Statt einmal dort anzupacken, wo meist die Ursachen für unsere hohen Verbraucherpreise liegen — nämlich beim Zwischenhandel — macht man sich die Sache bequem und handelt nach der Parole „Den Leuten beißen die Hunde“. Gerade die Arbeitgeber hätten doch alle Ursache, sich auch mal zwecks Preisabbau in ihren eigenen Reihen umzusehen. Die Preisbindungen der Kartelle und Syndikate wirken doch sicherlich auch nicht verbilligend auf den Verbrauch.

Auffallen muß bei diesen Bestrebungen auf Verbilligung der Produktion, daß man gerade bei den am schlechtesten Gestellten mit dem Abbau beginnen will.

Die Begründung für die Lohnkürzung würde sicherlich viel wirkungsvoller und einleuchtender sein, wenn man zunächst mal mit der Kürzung bei den Direktorengehältern und Aufsichtsratsstantienem beginnen wollte.

Auch müßte das große Heer der Beamten, besonders der höheren, zunächst mal herangezogen werden. Es ist doch nicht so, daß die Verbilligung der Produktion nur durch eine Senkung der Arbeiterlöhne herbeigeführt werden kann.

Bei all diesen Versuchen auf Schmälerung der Existenzbasis der Arbeiterschaft kann man nicht umhin, nach den Ursachen für diese Pläne zu suchen. Das Reichsstatistische Amt gibt uns da ganz unparteiische Fingerzeige. Nach seinen Angaben sind gewerkschaftlich organisiert:

von 16 Millionen Arbeitern	36,5 vom Hundert
von 3,8 Millionen Angestellten	41,6 vom Hundert
von 1,6 Millionen Beamten	79,4 vom Hundert

Hier zeigt sich ganz klar, warum bei der Arbeiterschaft die Abbaubestrebungen am leichtesten durchzuführen sind. Bei dem gewaltigen Heer der Unorganisierten kann der Widerstand nie so einheitlich zusammengefaßt werden, als wie das beispielsweise bei der zu 79 Prozent organisierten Beamtenschaft der Fall ist. Die Behandlung der Frage des Notopfers ist hier ein sprechender Beweis. Keinem Menschen ist es eingefallen, statt der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung einer Senkung

Wirtschaftsnot - Volksnot!

Die rheinischen Textilarbeiter zur Wirtschaftskrise.

Nachdem bereits am 17. Juni in Münster i. W. die Vertreter unseres Verbandes zur wirtschaftlichen Lage Stellung genommen haben, fand am 19. Juni im Geselehenhause in Aachen eine Tagung der christlichen Textilarbeiterführer für das gesamte Rheinland statt, die sich zu einer eindrucksvollen Rundgebung gestaltete.

Als Hauptredner der Konferenz sprach unser Verbandsvorsitzender, Reichstagsabgeordneter Kollege Jägerbrecht, über das Thema „Wirtschaftsnot - Volksnot!“

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise — so führte der Redner u. a. aus — ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Alle großen Industrieländer und auch Agrarstaaten werden zurzeit von einer schweren Krise betroffen. Das Ansteigen in der Arbeitslosenzahl in fast allen Ländern kennzeichnet diese Krise. Die Ursachen dieser Weltkrise können nicht in deutschen Verhältnissen oder in einem Verschulden Deutschlands gesucht werden. Darum kann auch eine Behebung nicht allein von wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in Deutschland erfolgen.

Die Hauptursachen der Weltwirtschaftskrise

liegen im Weltkrieg und in den Kriegsfolgen.

Die Zerstückelung der mittel- und westeuropäischen Staaten und die allgemeine Verarmung ihrer Bevölkerung,

die gegenseitige Abschließung der Länder und die dadurch bedingte Erschwerung des Güterausstausches, die Errichtung eines eigenartigen Wirtschafts- und Staatensystems in der Sowjet-Union und

das Freiheitsstreben bisher abhängiger Völker (Indien und China etc.) nach Selbstverwaltung und Selbständigkeit sind etliche hauptsächlich Ursachen dieser Nachkriegsentwicklung.

In vielen Staaten hat sich eine übersteigerte Industrialisierung vollzogen. Dieselbe ist verschärft worden durch eine übertriebene Rationalisierung und eine sprunghafte Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Die Folge dieser Entwicklung war — mitverursacht durch die starke Verschiebung der Goldbestände und das Zurückbleiben der Goldproduktion hinter der Nachfrage nach Gold — ein starker Rückgang fast aller Preise für industrielle Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Trotzdem ist durch die Kartellierung zahlreicher Industrien eine übertriebene Preissteigerung und künstliche Hochhaltung der Preise erreicht worden. Dieselbe wird verstärkt durch die Aufblähung des Handels in der Nachkriegszeit, der die übergroßen Preisspannen zwischen Erzeugern und Verbraucherpreisen verschuldet. Dabei waren in den letzten Jahren ungewöhnlich große Weltenterten bei verschiedenen Erzeugnissen — so insbesondere Getreide, Baumwolle und Wolle — zu verzeichnen.

Die Krise der deutschen Wirtschaft

wird verschärft durch eine erhebliche Schwächung der deutschen Produktions- und Kaufkraft infolge der Reparationsleistungen, der Inflation und eine ungeheure Verschuldung gegenüber dem Auslande. Ferner ist eine erhebliche Steigerung der Erwerbstätigen gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten, die besonders zu einer gewaltigen Aufblähung im Handel und zu einer Überfüllung der akademischen Berufs geführt hat. Ein übersehener Verwaltungsapparat in Reich, Ländern und Gemeinden führte zu einer starken steuerlichen Belastung, die naturgemäß lähmend die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst.

Trotzdem in den letzten Jahren die Erzeugung Deutschlands in Industrie und Landwirtschaft durch produktions-technische und organisatorische Fortschritte und erhöhte Arbeitsintensität um mehr als 20 Prozent gestiegen ist, hat das Umsatzvolumen sich kaum gesteigert. Die Ursache dafür liegt vor allem in den übersteigerten Verbraucherpreisen, die trotz der Preisenkung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und industrielle Rohstoffe nicht entsprechend abgebaut wurden. Notwendigerweise mußte so die weit über den Absatz hinaus gesteigerte Produktion entsprechende Arbeitskräfte frei setzen und eine starke Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung und das große Heer der durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffenen Industriearbeiter besitzt nicht die notwendige

Kaufkraft für den Konsum der durch den Handel verteuerten landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Steigerung der Kaufkraft durch den

Abbau der Preise!

Erforderlich ist vor allem, daß durch Anwendung staatlicher Zwangsmittel eine Senkung der kartellgebundenen Preise durchgeführt wird und ein Verbot der Preisbindung für Weiterverkäufer erfolgt. Das Mißverhältnis zwischen Soll- und Habenzinsen muß beseitigt werden, um durch einen normalen, verminderten Kapitalzins die Wirtschaft zu beleben. Durch eine großzügige Verwaltungsreform und Senkung der öffentlichen Ausgaben (Bereinsparung und Verbilligung der Verwaltung — Abbau überhöhter Gehälter und Pensionen) muß diese Aktion gefördert werden. Nur dann kann die notwendige Steigerung der Kaufkraft und die damit verbundene Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft erreicht werden, wenn ohne Rücksicht auf Ständes- und Gruppeninteressen die geeigneten Mittel angewendet werden.

Ein Abbau der Sozialpolitik wie er von gewisser Seite immer wieder gefordert wird, muß den schärfsten Widerstand der arbeitenden Bevölkerung finden. Es geht nicht an, der Arbeiterschaft, die ohnedies am schwersten unter der Last der wirtschaftlichen Krise leidet, immer neue Opfer aufzubürden. Notwendig ist vielmehr, daß auch die anderen Berufsstände — nicht zuletzt die weiten Kreise der Festbesoldeten — bei der Aufbringung der Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit herangezogen werden.

Durch stürmischen Beifall gab die Konferenz ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Kollege Böing, Düsseldorf, ergänzte diese Ausführungen und ging auf die Frage

Wirtschaftskrise und Lohnpolitik

durch folgende Erklärungen ein:

Die Vergangenheit hat uns oft gezeigt, daß die Zeiten wirtschaftlicher Krisen auch meist Zeiten sozialer Reaktion sind. Auch jetzt wird die Wirtschaftskrise wiederum zum Anlaß genommen, um der Arbeiterschaft Verschlechterungen aufzubürden.

Nachdem der Schiedsspruch für Nordwest, der bekanntlich einen Abbau der Löhne bringt, verbindlich erklärt ist, propagiert ein Teil der Unternehmerschaft die Uebertragung des Experimentes von Nordwest auf andere Industriegruppen und Bezirke.

Wir als Textilarbeiter müssen uns auf das allerstärkste gegen derartige Bestrebungen, soweit die Textilarbeitererschaft in Frage kommt, wehren. Die Löhne der Textilarbeitererschaft gehören mit zu den niedrigsten in der deutschen Industrie. Auch hat die Textilarbeitererschaft in den letzten Jahren in Form von Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit genügend Opfer gebracht.

Eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Textilarbeitererschaft würde der Industrie keinen Nutzen bringen, die Textilarbeitererschaft aber noch größeren Entbehrungen aussetzen. Nicht Lohnabbau ist es, was der Textilindustrie helfen kann, sondern lediglich eine Stärkung der Kaufkraft durch die Herabsetzung der bisher bei manchen Artikeln noch stark überhöhten Preise.

Abschließend gab die Konferenz ihrem Willen durch folgendes Telegramm an den Reichskanzler Dr. Brüning Ausdruck:

Reichskanzler Dr. Brüning
Reichskanzlei
Berlin

Konferenz rheinischer Textilarbeiter erwartet von Regierung wirksame Maßnahmen zur Vilderung der Wirtschafts- und Finanznot, vor allem durch Abbau überhöhter Preis- und Zinssätze wie durch Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung. Konferenz erwartet besonders Festhalten an Vorhaben der Regierung Festbesoldete heranzuziehen zur Aufbringung der Mittel zur Behebung der Arbeitslosennot. Bisherige Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung ist unbedingt zu erhalten und sicherzustellen.

Zentralverband christlicher Textilarbeiter, Bezirk Rheinland.

der Bezüge der abgebauten Beamten das Wort zu reden. Trotzdem betragen diese Bezüge 30 Prozent des Gehaltes, während die Bezüge der Arbeitslosen in den 4 höchsten Klassen nur 35 Prozent des Einheitslohnes betragen. Nach den neuesten Vorschlägen sollen sie sogar bis auf 25 Prozent gekürzt werden.

Beim Vergleich mit der Angestelltenerschaft schneiden die Arbeiter ebenfalls ungünstig ab. Zwar ist hier der

Unterschied im Organisationsverhältnis nicht so groß, wie bei den Beamten. Unser Kampf um die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung hatte bisher keinen Erfolg. Dagegen war es den Angestellten möglich, die Altersgrenze für länger als 1 Jahr Arbeitslose in der Angestelltenversicherung auf 60 Jahre heruntersubridieren. Was für den Angestellten zugestimmt wird, müßte doch dem Arbeiter genau so gut eingeräumt werden.

Auch bei den anderen Ständen ist es offensichtlich, was eine gute, straffe Organisation vermag.

Nehmen wir nur die Landwirtschaft. Sie hat ihre fast stückenlose Organisation. Auf Grund dieser war es ihr möglich, trotz der schwierigen Wirtschaftslage wesentliche Verbesserungen zu erkämpfen.

Diese Erkenntnis muß der Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation recht klar zum Bewußtsein bringen.

Internationale Arbeitslosigkeit

In Deutsch-Oesterreich wurden Mitte April 1930 insgesamt 311 174 unterstützte Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung vom 31. März 1930 ergibt sich eine Abnahme um rund 27 900 Personen.

Die Arbeitslosigkeit im Danziger Freistaat hat in den Jahren 1929/30 einen besorgniserregenden Umfang erreicht. Sie betrug im Februar 1930 rund 21 000 arbeitslose Personen.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen in Großbritannien wird in der Woche zum 7. April mit 1 676 400 angegeben.

Eine Ausnahme hingegen ist Frankreich. Nur 1 639 Arbeitslose wurden am 15. März registriert. Frankreich ist heute wohl als das aufnahmefähigste Land Europas für ausländische Arbeiter anzusehen.

Nach den Erhebungen der staatlichen Stellen in der Schweiz waren Ende März 1930 bei den Arbeitsämtern 10 138 Stellenfuchende eingeschrieben.

Ähnlich wie in England entwickelt sich der Arbeitsmarkt in der Tschechoslowakei. Hier lag die Zahl der Arbeitslosen Ende März um 33 000 höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

In Bulgarien verschärft sich die Wirtschaftskrise zusehends. Von etwa 200 000 in Handel und Industrie beschäftigten Arbeitnehmern sind rund 70 000 arbeitslos.

Ausdehnung der Krisenunterstützung!

Trotz sommerlicher Zeit ist auf dem Arbeitsmarkt keine nennenswerte Entspannung zu verspüren. Die Zahl der Arbeitslosen, die Unterstützung erhalten, erreicht immer noch nahezu zwei Millionen.

Für solche Arbeitslose ist im Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Hilfe durch die Krisenunterstützung vorgesehen. Im Gesetz heißt es: „In Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage hat der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung zuzulassen.“

jedem Fall, in dem die Krisenunterstützung nicht benötigt wird, sie zu entziehen.

Es ist aber nicht nur erforderlich, die Krisenunterstützung allgemein auf alle Berufe auszudehnen, sondern die zeitliche Grenze muß erweitert werden. Die Krisenunterstützung dauert im Höchstsfall 30 Wochen, sie kann für Arbeitslose über 40 Jahre auf 52 Wochen ausgedehnt werden.

Aus allen diesen Gründen ist die Erweiterung der Krisenfürsorge unerlässlich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat beim Reichsarbeitsminister erneut einen entsprechenden Antrag gestellt.

Arbeiternot und Geldverschwendung

Nach dem „beschränkten Untertanenverstand“ glaubte man bisher, es sei ein Gewinn, wenn man eine Million Geld ausgabe und dafür einen Wert von zwei Millionen schaffe.

Jetzt scheint aber eine Lehre entstanden, die dem Glauben des „beschränkten Untertanenverstands“ widerspricht; diese neue Lehre heißt „Reffort Fanatismus“.

Auf diese Weise sind nicht zuletzt Miesenausgaben der Arbeitslosenversicherung entstanden, Kosten von 1 1/2 Milliarden jährlich, die aber nicht als Verdienst gelten.

Das Reichsfinanzministerium hat jetzt angeordnet, daß die Reichsbauämter keine neuen Bauten beginnen dürfen.

Sollte sich in den Ministerien kein denkender Mann finden, der diese falschen Theorien aufklärt, und sollte auch im Reichstag niemand dem „beschränkten Untertanenverstand“ Geltung verschaffen können gegenüber dem Reffort Fanatismus?

Daß es noch Ausnahmen gibt, zeigt das Beispiel einer kleinen Stadt. Diese hat im Jahre 1929 M. 160 000,- für ausgesteuerte Erwerbslose ausgegeben, ohne die erwerbslosen Arbeiter zu beschäftigen.

Während also die Stadt im vorigen Jahr M. 160 000,- ausgab, die einen reinen Verlust für sie bildete, gibt sie 1930 auch wieder M. 160 000,- aus, schafft dafür aber einen dauernden Wert in gleicher Höhe.

Anders der Staat, dessen Forstverwaltung eine bereits angefangene und schon vor 10 Jahren als äußerst dringlich befundene Wegestrecke zu bauen hat.

Der „Reffort Fanatismus“ berechnet hieraus eine Ersparnis von M. 200 000,-, der „beschränkte Untertanenverstand“ behauptet, daß keine Ersparnis, sondern ein Verlust von M. 800 000,- entsteht.

Wer wird in diesem Widerspruch der Meinungen liegen, der „beschränkte Untertanenverstand“ oder der Reffortfanatismus?

Wird die Zahl der Erwerbslosen erst auf 5 Millionen und die Ausgabe dafür auf 5 Milliarden jährlich steigen müssen, ehe der „Reffortfanatismus“ nachgeben wird?

Die Leiter

Von Fritz Müller (Parteienkirchen).

Wie ich als Kaufmannslehrling anfing, hatte ich am ersten arbeitschweren Lehrtage ein Gesicht. Sprache ich „geschwollen“, hieß ich's Bilion.

Mit kam mein Leben vor wie eine Leiter. Ich durfte auf die unterste der Sprossen treten. Ueber mir, himmeln bis Wolkenhöhe — Sprossen, Sprossen, Sprossen. Die meisten für mich sicher unerreichbar.

In der zweiten mußte ich's schon besser: unter meiner ersten Sprosse waren andere Sprossen, die ich hatte überspringen dürfen. Ausgehersprossen, Leberprossen, Fußrückenprossen, Fußgängerprossen — wenn mein Blick nach unten mich nicht trug: die Leiter reichte unter meinen Füßen nicht viel kürzer in die Tiefe, als sie über meinem Kopf sich in den Himmel reckte.

Der Sprosse unter mir, der Ausgehersprosse, durfte ich schon sagen: „Dahin gehen Sie, Herr Bröselmann, und dort hin.“

Gleich darauf aber scholl es von der nächsten Sprosse über mir: „Stift, schreiben Sie geschwind ein Duplikat zu diesem Primawechsel.“

Der Reid verdrückte, als ich es über der Kontokorrentbuchhalterprosse von der Hauptbuchhalterprosse her besahnte hörte: „Wie lange, Förner, meinen Sie, daß meine Bilanz auf Ihren Tebitorenfalbo wohl noch warten soll?“

Im dritten Lehrtage aber hörte ich von fern des Basses Grundgemalt von einer Direktorprosse. Flugs träumte mir in meiner vierten Lehrtage, ich selber würde einmal diese tiefe Stimme auf der Höhe haben.

Im nächsten Lehrtage aber witterte es von einer Generaldirektorprosse. Jaghaft nur versetzte sich mein nächster Traum in diese Wolkenhöhe, wo man Wolkenwand an Wolkenwand wohl mit dem lieben Gott lernte.

Ich irrte mich. Ueberm lieben Gott näselte die unzufriedene Stimme eines Aufsichtspräsidenten. Das war wohl der Leiter Ende.

Ich irrte mich zum zweitenmal. Wir hatten eines Tages Generalversammlung. Ein Mann im Lodenrock meldete sich zu Wort. „Wer sind Sie, und wieviel Aktien vertreten Sie?“ herrschte ihn der Aufsichtspräsident an.

„Ich heiße Woltermann und besitze die Majorität des Aktienkapitals.“

Ich sah nie auf einer Leiterprosse einen Menschen so zusammenknicken, wie den Vorsitzenden unseres Aufsichtsrats.

Mein erster Urlaub kam. Ich kletterte auf einen hohen Berg. Als ich droben ankam, spie eine Bergbahn Hunderte von Menschen aus. Sie wollten alle übernachten. Ich natürlich im Touristenhaus.

Spät hinter Mitternacht ein Boltorn auf der Treppe und ein Mädchenzweier. Ich fuhr in meine Kleider, tappte nach der Treppe, knippte eine Lampe an, da lag ein Zimmermädchen, arbeitsübermüdet. Verrenkter Knöchel am Fuß, der treppauf, treppab gelaufen war, wenn man den Zimmerdienst in einem Tag abdickte: leichtlich siebenmal die Strecke aus dem Tal zur Bergeshöhe.

Sie konnte keinen Schritt mehr gehen. Ich trug sie in die Mädchenkammer. Raum daß zwei andere Mädchen drinnen schlafschwer nach uns sahen. Plötzlich brach's aus der Beobrochener: Weinen, Klagen, Heulen. Ueber dreißigmal habe es aus Zimmer einunddreißig gelaufel. Ein Ehepaar darin, schwerrreich. Die Frau bequem: „Fräulein, öffnen Sie den Barmwasserhahn!“

„Fräulein, drehen Sie das Licht an, bitte!“ Wieder Läuten: „Fräulein, der Sohn tropft noch, bitte!“ „Fräulein, Fißi, das arme Sünderchen, stöhnt, geben Sie ihm diese Tropfen ein.“

„Sie machte eine Pause: „Wer“, schrie sie plötzlich, „wer — Fißi oder ich — wer ist der Hund, Herr, wer?“ Sie machte eine zweite Pause, eine nachdenkliche: „Einer hat's noch schlechter, Herr — ihr Mann.“

Am andern Morgen strahlender Sonnenschein. Ich sah das Zimmermädchen auf dem Berakam. Ausgeruht, strahlend wie die Sonne und vergnügt: einen halben Tag lang dienstfrei.

Wir schauten aufs Hotel hinab. Der Zaun Lote wälzte sich eine mißvergnügte Kugel. Ich schaute Fräulein Greta an: „Nicht wahr, das ist sie?“

„Wie, in welchem meine Mutter Pufftau ist?“ Ich habe seither allen Leiterprossenende verloren.

Eine gute Wehr

Von einem tüchtigen Gewerkschaftler wird uns geschrieben: Eins ist mir in den letzten vier Wochen klar geworden.

Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ muß stärker in Arbeiter- und Angestelltenkreisen verbreitet werden. Bisher hörte ich auch schon immer wieder von Zeit zu Zeit den Ruf: „Wert für unsere Tageszeitung“, doch ehrlich gestanden — ich habe nicht so sehr darauf geachtet.

Die Situation war keineswegs gemüßlich. Unsere Mitglieder kamen zu mir, und ich konnte ihnen auf alle Fragen auch nicht die genügende Aufklärung geben. Vergewens sah ich meine Parteizeitung durch.

Mit Sorgen ging ich zu dem Vorsitzenden meiner Ortsgruppe. Nachdem ich mich gründlich ausgesprochen hatte, reichte er mir eine Anzahl Exemplare des „Deutschen“. Ich nahm sie gegen das Versprechen, sie wieder zurückzubringen, mit nach Hause.

Aufhebung des Arbeiterinnenschutzes?

Der Irrtum des Open Door-Gedankens.

Die starke Zunahme der gewerblichen und industriellen Frauenarbeit veranlaßte schon um die Jahrhundertwende die Vertreterinnen der gewerkschaftlichen, konfessionellen und politischen Arbeiterinnen- und Frauenbewegung, eine besondere Arbeitsschutzgesetzgebung für die erwerbstätige Frau zu fordern. Der Erfolg dieses Bemühens blieb nicht aus. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ist in den meisten Kulturstaaten eine mehr oder weniger umfassende Arbeiterinnenschutzgesetzgebung geschaffen worden, die den besonderen Belangen der berufstätigen Frau, ihren physischen und psychischen Eigenarten und ihrer naturgegebenen Eigenart Rechnung zu tragen sucht.

In Deutschland sind es insbesondere die Gewerkschaften gewesen, die gemeinsam mit den ihnen nahestehenden politischen Vertretern auf die Entwicklung des Arbeiterinnenschutzes weitgehendsten Einfluß genommen haben — und es kann in voller Würdigung der gleichgerichteten Bestrebungen der sonstigen Frauenorganisationen festgestellt werden, daß die Arbeiterinnen, besonders die gewerblichen und in der Industrie beschäftigten, den für sie geschaffenen Arbeitsschutz in erster Linie ihren gewerkschaftlichen Organisationen verdanken. Dabei war allerdings dieses Drängen der Gewerkschaften nach der Schaffung und dem Ausbau des Arbeiterinnenschutzes nicht in den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen von den gleichen Grundsätzen und Motiven getragen. Während die christlichen Gewerkschaften in der Forderung nach einem besonderen Arbeiterinnenschutz grundsätzlich einen Teil ihres weltanschaulichen und gewerkschaftlichen Programms Rechnung tragen, ist diese Forderung bei den sozialistischen Gewerkschaften lediglich als eine taktische Forderung und als ein Zugeständnis an die gewerkschaftspolitischen Momente zu bewerten.

Grundsätzlich widerspricht das Verlangen nach besonderem Schutz der erwerbstätigen Frau der sozialistischen Auffassung von der „Gleichheit von Mann und Frau“ im Wirtschaftsleben, und der Kommunismus ist nur dem sozialistischen Prinzip konsequent, wenn er immer wieder diese Forderung propagiert.

Wenn trotzdem die sozialistischen Gewerkschaften in der Praxis für den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes eintreten, so geschieht dies, weil die gewerkschaftliche Notwendigkeit, den Arbeiterinnen greifbare praktische Erfolge zu bieten, sie dazu zwingt.

Der Open Door-Gedanke.

Es entspricht deshalb den sozialistischen Ideen, wenn seit einigen Jahren eine Bewegung im Gange ist, die eine „Wiederherstellung des Gleichberechtigungsprinzips“ von Mann und Frau im Wirtschaftsleben — mit anderen Worten die Aufhebung des Arbeiterinnenschutzes — fordert. Die im Juni des vergangenen Jahres in Berlin auf dem Open Door-Congress gegründete Open Door-Internationale stellt die organisatorische Zusammenfassung dieser Bewegung dar. Der Open Door-Gedanke vertritt, wie sein Name bereits sagt (offene Tür) den Standpunkt, daß durch die Arbeiterinnenschutzgesetzgebung die wirtschaftliche Freiheit und Freizügigkeit der erwerbstätigen Frau behindert — ihr die „offene Tür“ im Wirtschaftsleben und Erwerbsleben verschlossen wird. Er fordert dementsprechend die Beseitigung der Frauenschutzgesetzgebung und will die erwerbstätige Frau völlig „gleichberechtigt“, d. h. ohne jeden Sondererschutz neben den Mann ins Erwerbsleben stellen. Lediglich ein gewisser Mutterschutz für schwangere und stillende Frauen soll für die Zeit vor und nach der Niederkunft der erwerbstätigen Frau bestehen bleiben. Auch dieser Mutterschutz als ausschließlicher Arbeiterinnenschutz weist entsprechend der sozialistischen Grundtendenz dieser „Open Door“-Forderungen auffällige Ähnlichkeit mit den grundsätzlichen sozialistischen Forderungen mit dem in Rußland praktisch verwirklichten und von den Kommunisten propagierten „gleichen Recht“ der erwerbstätigen Frau auf.

Gleichstellung von Frau und Mann?

Bei einer Untersuchung der gekennzeichneten „Open Door“-Forderungen erscheint es notwendig, zunächst einmal grundsätzlich die Frage zu unteruchen, ob und inwiefern tatsächlich durch die Aufhebung des Arbeiterinnenschutzes eine praktische Gleichstellung der erwerbstätigen Frau mit dem Manne erfolgt. Der moderne Kapitalismus hat bereits einmal unter der Parole des Liberalismus anfangs und Mitte des vorigen Jahrhunderts die sogenannte wirtschaftliche Freiheit der Arbeiterschaft praktisch verwirklicht. Das Ergebnis freilich war ein niedererschmetterndes. Wir brauchen nur an die hemmungslose Ausbeutung der erwerbstätigen Frauen und Kinder der 50iger und 60iger Jahre zu erinnern, um die praktische Auswirkung dieser gesetzlichen „Freiheit“ der Arbeiterschaft zu kennzeichnen: Tatsächlich brachte sie eine völlige Unfreiheit und Gebundenheit der Arbeiterschaft und insbesondere für die Arbeiterin eine völlig trostlose Lage. Der starke Anteil der Frauenarbeit in zahlreichen Berufen ist nicht zuletzt auf diese Ausbeutung der Frauen zurückzuführen.

Dabei muß festgestellt werden, daß auch tatsächlich — ganz abgesehen von diesen Auswirkungen eines kapitalistischen Gewinnstrebens — ein Nebeneinanderstellen von Mann und Frau im Wirtschaftsleben der Frau keine wirkliche Gleichheit bringt. Angesichts ihrer körperlichen Unterlegenheit wird vielmehr die erwerbstätige Frau in zahllosen Berufen und Arbeitsverrichtungen immer unterlegen sein und in einem notwendigerweise eintretenden Konkurrenzkampfe aber den Kürzeren ziehen. Nicht allein an körperlicher Kraft und Ausdauer, sondern auch an psychischer Leistungsfähigkeit bleibt der Mann ihr ohne Zweifel im allgemeinen überlegen. Ihm die erwerbstätige Frau ohne Sondererschutz an die Seite stellen, hieße deshalb von vornherein die Position der Frau verschlechtern. Dabei ist ganz außer Betrachtung gelassen die Frage nach den körperlichen und seelischen Schädigungen, die eine ungeschützte Erwerbsarbeit der Frau in der überwiegenden Mehr-

eine schematische Gleichstellung von Mann und Frau zu verschärfen und zu verewigen, aber wäre ein nie wieder gut zu machendes Vergehen an unserem Volke, dessen Größe nur dem bewußt wird, der die Not der erwerbstätigen Frau und Mutter und die verhängnisvollen Auswirkungen der Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen auf Mutter, Kinder und Familie kennt und voll zu beurteilen in der Lage ist. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß die „Befreiung“ der erwerbstätigen verheirateten Frau von dem gesetzlichen Frauenschutz gleichbedeutend wäre mit der allmählichen Auflösung der Familie — wie sie in Rußland verwirklicht worden ist. Daß die Arbeiterin selbst als Frau und Mutter dabei am schwersten geschädigt würde, steht außer Frage.

So müßte die Erfüllung dieser Bestrebungen und Beseitigung des Arbeiterinnenschutzes nicht eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, sondern ein weiteres wirtschaftliches und soziales Herabsinken derselben bringen und von den Arbeiterinnen selbst statt mit Vorteil und Gewinn mit einer Preisgabe ihrer naturgegebenen Eigenart und mit schweren Schädigungen und Enttäuschungen bezahlt werden.

Arbeiterinnen-Schutz



Verdrängung der Frauenarbeit durch Arbeiterinnenschutz?

Nach diesen grundsätzlichen Betrachtungen über die Bedeutung und Notwendigkeit des Arbeiterinnenschutzes soll im nachstehenden untersucht werden, ob und inwiefern etwa die Durchführung des deutschen Arbeiterinnenschutzes eine Benachteiligung der Frau im Erwerbsleben und einen Rückgang der Frauenarbeit gebracht hat. Die Behauptung, daß die Frau durch den Arbeiterinnenschutz von ihrer Arbeitsstelle und aus dem wirtschaftlichen Leben gedrängt werde, ist eines der Hauptargumente der Open Door-Bewegung. So bedeutet ihre Verantwortung und Widerlegung zugleich eine beweiskräftige Widerlegung der Open Door-Bestrebungen überhaupt. In einem Aufsatze (Der Einfluß der deutschen Arbeiterinnenschutzgesetze . . .) in der Internationalen Rundschau der Arbeit hat Frau Oberregierungsrat Lüders außerordentlich beachtenswerte Feststellungen nach dieser Richtung hin gemacht, denen die im folgenden verwandten Zahlenangaben entnommen sind.

Die Entwicklung der Frauenarbeit in Deutschland.

nach den Angaben der allgemeinen Berufszählungen und der Berichte der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten zeigt zunächst eine ständige Zunahme insbesondere der industriellen Frauenarbeit in Deutschland. Die Ergebnisse der amtlichen Erhebungen aus den letzten Jahrzehnten — seit der Durchführung des Arbeiterinnenschutzes — kennzeichnen diese Entwicklung:

Es waren weibliche Personen in der deutschen Industrie beschäftigt

1882: 1,1 Millionen	1907: 2,1 Millionen
1895: 1,5 Millionen	1925: 2,8 Millionen

Die deutschen Berufszählungen und Gewerbeaufsichtsberichte ergeben also eine ganz erhebliche und anhaltende Zunahme der industriellen Frauenarbeit seit dem Jahre 1882, die durch die Einführung und Durchführung des Arbeiterinnenschutzes nicht unterbrochen worden ist. Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen hat sich mehr als verdoppelt. Sie hat damit nicht nur mit der Zunahme der männlichen Erwerbstätigen Schritt gehalten, sondern dieselbe auch verhältnismäßig weit überholt. Auch in dem prozentualen Anteil der Frauen am Erwerbsleben ist eine ganz gewaltige Zunahme eingetreten.

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten aus den letzten 20 Jahren illustrieren diese Zunahme des Anteils der Frauenarbeit in deutlicher Weise. In den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben (bis 1924 Betrieben mit mehr als 10 Arbeitnehmern) waren beschäftigt:

Jahr	Arbeiter über 16 Jahre	Arbeiterinnen über 16 Jahre	Prozentias der weibl. Beschäftigten
1910	4 868 830	1 259 558	25,87%
1911	5 099 154	1 317 682	25,84%
1912	5 339 575	1 373 546	25,83%
1913	5 469 546	1 405 621	25,88%
1914—18 Vergleichszahlen fehlen			
1919	4 442 072	1 372 010	30,89%
1920	5 015 196	1 458 221	29,08%
1921	5 384 340	1 539 289	28,96%
1922	5 783 711	1 846 947	31,95%
1923—24	5 132 443	1 668 201	32,50%

In der Folgeentwicklung zeigt sich eine anteilmäßige Verschiebung, die darauf zurückzuführen ist, daß die amtlichen Berichte nach 1924 alle Betriebe mit mehr als 5 Arbeitern erfaßten.

1926	5 187 974	1 613 659	31,10%
1927	6 174 518	1 921 987	31,13%
1928	6 317 826	1 993 644	31,56%

zahl der in Betracht kommenden Berufe zur Folge haben müßte.

Die Tatsache, daß heute über 12 Millionen Frauen berufstätig im Wirtschaftsleben stehen, zeigt, von welsch katastrophalen, biologischen und bevölkerungspolitischen Folgen eine solche angebliche „Gleichstellung“ der erwerbstätigen Frau begleitet sein würde.

Die ständige Zunahme der erwerbstätigen Frauen in Deutschland ist mit Recht ohnedies schon ein Gegenstand ernster Bedenken der führenden Wirtschaftler und Bevölkerungspolitiker. Diesen Frauen den gegenwärtigen gesetzlichen Sondererschutz nehmen, hieße nicht nur sie verantwortungslos der wirtschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung preisgeben, sondern auch die ohnedies gefährdete Zukunft unseres Volkes völlig untergraben.

Die Frage nach einer Aufgabe des Sondereschutzes der erwerbstätigen Frauen muß deshalb mit einem klaren ja oder nein beantwortet werden. Diese Antwort ist umso berechtigter, als sie nicht allein durch die gekennzeichneten biologischen und wirtschaftlichen Umstände, sondern auch durch die in Betracht kommenden moralischen und ethischen Momente begründet wird, die dabei berücksichtigt werden müssen.

Die verheiratete Frau.

Ist die Erwerbsarbeit der Frau ohnedies ein aus mannigfaltigen Ursachen gegebener Notzustand, so trifft das insbesondere bei der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau zu. Durch Erwerbsarbeit und Mutterberuf doppelt belastet, bedeutet für sie die Fabrikarbeit ohnedies einen Zustand, der mit wirtschaftlicher Freiheit und Gleichheit nichts zu tun hat und dessen Ueberwindung im Interesse aller Volksschreie liegen muß. Diesen Zustand durch

Das Ergebnis der amtlichen Ermittlungen zeigt — ohne Rücksicht auf die konjunkturellen Beschäftigungsmöglichkeiten — auch hier ein beständiges Steigen des Anteils der weiblichen Erwerbstätigen. Dabei fällt besonders auf, daß die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Jahre 1928 trotz der rückgängigen Beschäftigung die Zahl der im Vorjahre anlässlich der Hochkonjunktur besonders hohen Beschäftigtenziffer noch überschritten hat.

Diese Entwicklungstendenz, die uns ein beständiges Vordringen der industriellen Frauenarbeit zeigt, beweist, wie wenig stichhaltig die Behauptung von der Verdrängung der Frauenarbeit durch den Arbeiterinnenschutz ist.

Der Ausbau des Arbeiterinnenschutzes hat auf die Entwicklung der industriellen Frauenarbeit keinerlei nachteiligen Einfluß ausgeübt, und die Schutzgesetze für weibliche Erwerbstätige haben nicht vermocht, das beständige Vordringen der Frau im Wirtschaftsleben aufzuhalten.

Auch

Die Auswirkung der einzelnen Arbeiterinnenschutzgesetze

bestätigt das. So hat sich der gesetzliche Wöchnerinnenschutz nicht allein als eine biologische und soziale Notwendigkeit erwiesen, sondern in seiner Durchführung auch bestätigt, daß eine Minderverwendung von Arbeiterinnen oder eine Verdrängung derselben nicht in Frage kommt. Das gleiche trifft für die gesetzlichen Bestimmungen über die Beschränkung der Arbeitszeit für

weibliche Beschäftigte (Nachtarbeit) zu. Auch das Nachtarbeitsverbot für Frauen, das besonders die Textilindustrie betraf, brachte nur vorübergehende Verschärfungen in der Arbeiterverwendung, aber keinen Rückgang der Frauenarbeit selbst. Nicht anders ist es mit dem Verbot gesundheitsgefährlicher Arbeiten für Frauen. Soweit hier tatsächlich und gewollt eine Verminderung der Frauenarbeit in bestimmten Berufen (Bergbau, Eisenindustrie und Erzgewinnung, Glasindustrie usw.) oder bei gewissen Arbeitsverrichtungen (Transportwesen) eintrat, wurde sie ebenfalls ausgeglichen durch eine entsprechende Zunahme der Frauenarbeit in anderen Industriezweigen und Arbeitsgängen.

Alles in allem ergibt sich bei einer eingehenden Betrachtung der Verhältnisse, daß der Arbeiterinnenschutz der Entwicklung der Frauenarbeit nirgendwo die „Türen verschlossen“ hat. Die Open Door-Bewegung ist verfehlt, weil sie überall „offene Türen“ findet. Sie ist aber darüber hinaus außerordentlich gefährlich, weil sie nicht allein — wie eingangs gezeigt — sozialistischen Tendenzen entspringt, sondern der Frau die Türen zur Wahrung ihrer eigentlichen Frauenart und Frauenbestimmung verschließen würde.

Die Arbeiterschaft, insbesondere die deutschen Arbeiterinnen, aber haben deshalb alles Interesse daran, dieser Bewegung entschieden entgegenzutreten, ihre tatsächlichen Argumente zu widerlegen, und sich den bestehenden Arbeiterinnenschutz und seinen weiteren Ausbau zu sichern und zu erhalten.

Frauenarbeit in Württemberg-Hohenzollern

Von Landtagsabgeordneter Karl Gengler, Stuttgart.

Die württembergische Industrie zeigt in ihren einzelnen Industriegruppen ein buntes Bild. Es wird wenig Industriezweige geben, die in Württemberg nicht vertreten sind. Stark sind in Württemberg vertreten die Industrien, die von Haus aus vorwiegend Arbeiterinnen beschäftigen: Textilindustrie, Papierverarbeitung, Bekleidungsindustrie mit Schuhindustrie und die Hausindustrie. Erhebliche Zahlen beschäftigter Arbeiterinnen weisen weiter auf: Metall-, Uhren-, Harmonika-, Edelmetallindustrie, Papierindustrie und Bekleidungsindustrie. Selbst die Torfgräberei und Torfsaufbereitung und die Industrie der Steine und Erde verzeichnen eine Beschäftigung von Arbeiterinnen.

Zunehmende industrielle Entwicklung.

Auch das von Württemberg zum größten Teil umschlossene Hohenzollern (Regierungsbezirk Sigmaringen) zeigt eine zunehmende industrielle Entwicklung, die sich vornehmlich auf die Textilindustrie erstreckt. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer ist im Regierungsbezirk Sigmaringen von 4655 im Jahre 1920 auf 8694 im Jahre 1927 gestiegen. Von den 2700 Arbeiterinnen sind allein 2179 in der Textilindustrie beschäftigt. 18,6 Prozent der Arbeiterinnen sind verheiratet oder mit der Führung eines Haushaltes belastet.

Nach dem Bericht des württembergischen Gewerbe- und Handelsaufsichtsamtes zeigt

Die Entwicklung der gewerblichen und industriellen Frauenarbeit in Württemberg

gemessen auch an der Zahl der männlichen Arbeiter und der Gesamtzahl der Beschäftigten mit Ausschluß der Kleinbetriebe, folgendes Bild:

Table with 6 columns: Jahr, Arbeiter, Arbeiterinnen, Jugendliche insgesamt, Kinder unter 14 Jahren, Beschäftigte insgesamt. Rows show data from 1911 to 1927.

In dieser Aufstellung ist zu beachten, daß in den Jahren der Jahre 1911—1924 nur die Arbeiter und Arbeiterinnen gezählt sind aus den Betrieben mit mindestens zehn Arbeitern und diesen gleichgestellten Betrieben (sog. Motorbetriebe); ab 1925 die Beschäftigtenzahl der Betriebe mit mindestens fünf Arbeitnehmern. Die Kleinbetriebe mit bis zu vier Beschäftigten waren noch beizugügen.

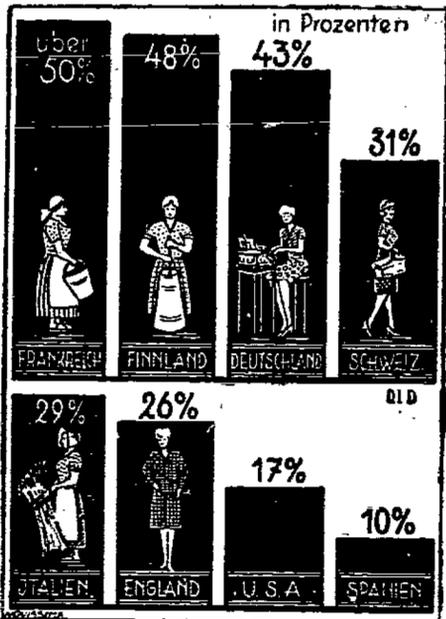
Die berufliche Zusammensetzung der erwerbstätigen Frauen.

Die Berufsgruppen mit einem größeren Anteil von Frauenarbeit zeigen in den gleichen Betriebsgruppen 1927 folgendes Bild:

Table with 6 columns: Berufsgruppe, männlich, weiblich, Jugendliche 14-16 Jahre männlich/weiblich, Kinder unter 14 Jahren, Gesamtzahl der Beschäftigten. Rows list various industrial sectors.

Der Zuwachs der Arbeiterinnen

ist am stärksten in der Textilindustrie. Die Zunahme von 1913 (35879) bis 1927 (53113) beträgt unter Ausschluß der Kinder 17 234. Es hatten sodann eine Zunahme von 1913 bis 1927: Metallindustrie 9470, Bekleidungsindustrie 5968, Papierindustrie 4574, Nahrungsmittelindustrie 1456. Im Gegensatz hierzu verzeichnet die Heimarbeit eine rückläufige Entwicklung.



Die berufstätige Frau.

Überall in der Welt wird die Frau mehr und mehr aus dem Hause in das Berufsleben gedrängt. Der Anteil der berufstätigen Frau in den Ländern ist aber sehr verschieden. Frankreich stellt mit mehr als 50 Proz. den höchsten Prozentsatz, Deutschland kommt erst an dritter Stelle, 43 Proz. aller deutschen Frauen sind berufstätig. Interessant ist, daß bei den angelsächsischen Völkern die Frauenarbeit wesentlich geringeren Umfang hat. Die englische Ziffer von 26 Proz. ist allerdings durch die Arbeitslosigkeit stark beeinflusst; aber die 17 Proz. Nordamerikas illustrieren deutlich die bevorzugte Stellung der Frau im Leben der amerikanischen Völker, was ja allgemein bekannt ist. In Deutschland hat sich seit 1907 die Zahl der arbeitenden Frauen nahezu verdoppelt, auch mit ein Grund der heute herrschenden Arbeitslosigkeit.

Das Gesamtbild zeigt, daß die Frau in steigendem Maße in das gewerbliche und industrielle Erwerbsleben hineingezogen wurde, darunter 23 700 verheiratete Frauen = 23,6 Prozent, die wiederum vorwiegend in der Textilindustrie beschäftigt sind.

Die Schlussfolgerung.

Daraus erwacht gebieterisch die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation für unsere Arbeiterinnen, wollen sie zur besseren Geltung und Wertung kommen. Auch hier heißt es: Wir sind nur das, was wir aus uns machen. Wer nicht zusammensteht und keine Opfer bringen will zur Hebung seiner Lage, ist keiner Hebung wert. Das große, geistige und materielle Ringen der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung um die Stellung der Arbeit im Gesellschafts- und Wirtschaftsorganismus muß besonders auch von unserer arbeitenden Frauenwelt in seinem Ernst und seiner Bedeutung erkannt und gewürdigt werden. Ihr eigenes und das Schicksal des Arbeiterstandes hängt davon ab.

Der Einfluß der Textilarbeit auf die Frau

Von den Gewerkschaften ist wiederholt ein wirksamer Schutz für die in der Erwerbsarbeit tätigen Frauen und Mädchen gefordert worden. Mancherlei Schutzbestimmungen bestehen, die unter der Kontrolle der Gewerbeaufsicht durchgeführt werden. Aber das bisher Erreichte kann nur ein Ansatz sein, denn es ist bisher nicht gelungen, die Gefahren der Frauenerwerbsarbeit bei Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett wirksam zu bekämpfen.

Um über diese Gefahren genau unterrichtet zu sein, sind verschiedentlich Erhebungen durchgeführt worden. Soeben erscheint in der Schriftenreihe zum Reichsarbeitsblatt „Arbeit und Gesundheit“ ein Heft 14, das sich mit den „Wirkungen der Fabrikarbeit der Frau auf die Mutterschaft“ beschäftigt. Ein besonderes Kapitel ist den Untersuchungen über den Einfluß der Textilarbeit auf die Frau gewidmet, für das der Oberarzt an der Universitätsfrauenklinik in Breslau, Prof. Dr. Geller, und der Landesgewerbearzt für Nieder- und Oberschlesien, Dr. A. Neumann, verantwortlich zeichnen.

Die Erhebungen sind im gewerbeärztlichen Aufsichtsbezirk Niederschlesien durchgeführt, unter besonderer Berücksichtigung der Schwangerschaft und Geburt. Die Methoden der Erhebung waren das Befragen der Arbeiterinnen selbst, Erhebungen bei den Krankenkassen und Betrieben und eine Besichtigung der Betriebsverhältnisse an Ort und Stelle. Die Erhebungen wurden in Bezirken vorgenommen, in denen die Textilindustrie seit ungefähr drei Generationen anfällig ist. Leider war es nur in verhältnismäßig wenig Fällen möglich, Vergleiche mit Fabrikarbeiterinnen im allgemeinen und der anderen Bevölkerung anzustellen. Einer Untersuchung unterzogen wurden 2073 Arbeiterinnen vom 14. bis 20. Jahr einschließlich und 633 Schwangere, zusammen also 2706 Textilarbeiterinnen.

Das Ergebnis der Erhebung

ist in vier große Gruppen eingeteilt:

1. Textilarbeit der 14—20jährigen und Körperentwicklung. Die gemachten Beobachtungen über den Einfluß der Textilarbeit auf Jugendliche stellt fest, daß die körperliche Entwicklung zwar durch die Fabrikarbeit im allgemeinen, aber nicht durch die Textilarbeit im besonderen eine Verzögerung erleidet.

2. Wurde Textilarbeit und Schwangerschaft genauer untersucht, wobei dem Ernährungszustand ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Erhebung kommt hier zu dem Ergebnis, daß die verhältnismäßig große Zahl der schwangeren Textilarbeiterinnen in schlechtem Ernährungszustand nicht die Folge einer besonders schlechten Ernährung sein dürfte, sondern die einer verhältnismäßig zu großen Arbeitsanforderung (Doppelbelastung durch Fabrikarbeit und Pflichten der Hausfrau und Mutter). Besonders schwer und anstrengend wirkte das lange Stehen, das Ausrecken des Oberkörpers und Anpressen des Leibes bei der Bedienung von Spinn- und Webmaschinen und das Tragen und Aufschieben der Spulen auf die hohen Spinnmaschinen. Leider war in den meisten untersuchten Betrieben eine Gelegenheit zu vorübergehendem Sitzen nicht vorhanden. Aber selbst bei einer Sitzelegentheit wurde nur eine geringe Erleichterung, aber keine Besserung der Arbeitsverhältnisse geschaffen. Ganz allgemein wurde die Fabrikarbeit von Frauen mit mehreren Schwangerschaften besonders in den letzten Monaten häufig als zu schwer empfunden.

3. Die Untersuchungen hinsichtlich der Geburten der Textilarbeiterinnen haben keine besonders typischen Unterschiede zu den in anderen Gewerben tätigen Frauen feststellen können. Eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Zusammenhang von Erwerbsarbeit und Mutterschaft ergibt, ist die, ob und inwiefern das Stillen unter der Fabrikarbeit leidet. Die Erhebung muß feststellen, daß im wesentlichen aus Mangel an geeigneten Räumen die Fabrikarbeit das Stillen mehr oder weniger unmöglich macht.

4. Es ist außerordentlich verdienstlich, daß man versucht hat, festzustellen, welche Textilarbeit wohl als besonders nachteilig für die schwangere Arbeiterin anzusehen ist. Die Erhebungen wurden auf 178 Schwangere ausgedehnt. Dabei zeigte sich, daß dieselbe Arbeit in den verschiedenen Betrieben durchaus verschieden zu bewerten ist und insbesondere, ob es sich um technisch fortgeschrittene oder veraltete Betriebe handelt. In der Regel hat sich die Stellung der Schwangeren in ihrer Akkordgruppe gegenüber der Zeit vor der Schwangerschaft nicht geändert. Interessant dürfte jedoch die Feststellung sein, daß zwischen bestimmten Arbeitsarten, nämlich der Weberei und der Spulerei, sich zum Teil recht erhebliche Unterschiede durchsetzen. So sind in der Weberei erheblich höhere Schwankungen festgestellt worden, als in der Spulerei, bei einem Vergleich in der betreffenden Akkordgruppe. Die Erhebung ist aber nicht groß genug, um wirkliche Schlüsse rechtfertigen zu können. Sie geben lediglich einen Fingerzeig, nach welcher Richtung hin genauere Untersuchungen noch vorgenommen werden können.

Verbesserter Arbeiterinnenschutz tut not.

Der Gesamtbericht kommt zu der Schlussfolgerung, daß dauernd Erhebungen über die Auswirkungen der Textilarbeit auf die Frau notwendig sind. Diese Erhebungen müssen sich über ganz Deutschland erstrecken und nach möglichst einheitlichen Methoden durchgeführt werden, damit die Ergebnisse untereinander vergleichbar sind. Als Folgerung aus der vorliegenden Erhebung wird eine stärkere Schonung der Schwangeren befürwortet. Diese Schonung muß über das bisher übliche Maß hinausgehen, vor allen Dingen in dem Sinne, daß eine volle Arbeitsfähigkeit bei vorgerückter Schwangerschaft einer Arbeiterin nicht mehr zuzumuten ist.

Die Jugend ruft nach Arbeit

Verbesserung des Jugendarbeitschutzes!

Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, der Spitzenverband der deutschen Jugend, hat seit einigen Jahren lebhaft für einen Ausbau der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen für die erwerbstätige Jugend geworben. Diese Werbung beginnt nun in Entschleunigung und Anträgen an Länder und Reichsregierung sich durchzusetzen. So hat die Jahreshauptversammlung des Landesauschusses der mecklenburgischen Jugendverbände unter einmütiger Zustimmung der Jugendführer aller Richtungen einen Appell an die Träger der Sozialversicherung gerichtet, der darauf hinweist, daß Hunderttausende von jugendlichen Arbeitern sich in der Gefahr befinden, durch die Arbeitslosigkeit auf die Bahn der Verwahrlosung gedrängt zu werden. Es wurde die dringende Bitte und Mahnung an die Träger der Sozialpolitik und der Arbeitslosenversicherung gerichtet, der Beschäftigung der erwerbslosen Jugendlichen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Fast in der gleichen Zeit hat das Mecklenburg-Schweriner Landesjugendamt, dem die Vertreter der freien Wohlfahrtsverbände aller Richtungen, der Ärzteschaft, der Lehrerschaft, der Kirche, angehören, sich mit Fragen der Jugendgesundheit beschäftigt und hier in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Ansicht vertreten, daß für den Berufsschüler die Ferien zwecklos sind, weil nicht auch gleichzeitig eine Befreiung von der Pflicht der Erwerbsarbeit eintritt. Das Landesjugendamt hat an das Staatsministerium und den Landtag die dringende Bitte gerichtet, beim Reich für eine Ausdehnung der Jugendschutzbestimmungen für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und für die gesetzliche Sicherstellung eines dreiwöchigen Urlaubs für die erwerbstätige Jugend unter 16 Jahren und eines zweiwöchigen Urlaubs für die erwerbstätige Jugend unter 16-18 Jahren einzutreten und eine entsprechende gesetzliche Festlegung anzustreben. Die Jugend forderte Arbeit und Hilfe für ihre erwerbslosen Kameraden, während es den in der Jugendarbeit stehenden Erwachsenen vorbehalten blieb, Staat und Wirtschaft zu mahnen, daß eine gesunde und ausgerichtete Jugend mehr leisten wird, als der scheinbare Ausfall durch Gewährung einer ausreichenden Freizeit ausmacht.

Ein

beachtliches Arbeitsgerichtsurteil

Die Firma C. F. Kleinschlatter (Kettwig) hatte vor einiger Zeit bei ihrem Betriebsrat den Antrag gestellt, die Zustimmung zur Entlassung des Betriebsratsmitgliedes B. zu geben. B. ist als Schlosser beschäftigt. Trotzdem in der Schlosserei 6 Personen beschäftigt waren, glaubte die Firma ein Anrecht zu haben, das Betriebsratsmitglied zu entlassen. Der Betriebsrat lehnte unter allen Umständen die Genehmigung zur Entlassung des B. ab und empfahl der Firma, den Schlosser B., welcher kein Betriebsratsmitglied und nicht verheiratet sei, zu entlassen. Die Firma lehnte diesen Vorschlag ab mit der Begründung, daß der Schlosser B. ein tüchtigerer Arbeiter sei als das Betriebsratsmitglied B. Nachdem der Betriebsrat die Genehmigung verweigerte, stellte die Firma an das Arbeitsgericht Essen den Antrag, die fehlende Zustimmung des Betriebsrats zur Kündigung des Betriebsratsmitgliedes B. zu geben.

Die Firma hatte zu den Verhandlungen ein großes Aufgebot von Zeugen mitgebracht. Nachdem der ganze Sachverhalt ausgiebig behandelt worden war, fällt das Gericht das Urteil und gab folgende Entscheidung:

Mit Recht genießen die Betriebsvertretungen einen besonderen Kündigungsschutz. Wenn im WRG dem Arbeitsgericht die Möglichkeit gegeben ist, die zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes erforderliche Zustimmung der Betriebsvertretungen zu ersetzen, so hat das Arbeitsgericht nicht allein zu prüfen, ob die mangelnde Tüchtigkeit des Arbeiters die Kündigung notwendig macht, sondern auch, ob sonstige Gründe vorliegen, die die Kündigung rechtfertigen könnten. Ist ein Betriebsratsmitglied als Arbeiter weniger tüchtig, erfüllt er aber seine Pflichten als Betriebsvertreter in rechter Weise, so ist letzteres ein Aktium für den Arbeiter, das durchaus eine geringere Tüchtigkeit ausgleichen kann. Hier ist es nun so, daß der Borarbeiter M. dem B. ein gutes Zeugnis für seinen Fleiß und seine Tüchtigkeit ausstellt, immerhin aber den Schlosser B. noch für tüchtiger hält als B. Auch die Antragstellerin kann irgendetwas über das dienstliche Verhalten des B. nichts vorbringen, B. genießt das Vertrauen der Belegschaft. Diese hat ihn zum Betriebsvertreter gewählt, und infolgedessen genießt derselbe den Kündigungsschutz nach dem WRG. Dem Beschluß des Arbeitsgerichtes Elberfeld vom 25. 2. 1929, der ausspricht, daß ein Mitglied des Betriebsrats hinsichtlich der Kündigung eine Vorzugsstellung gegenüber den anderen Arbeitern nicht genieße, und daß es gegenüber den anderen Arbeitern eine unbillige Härte bedeuten würde, wenn ein Arbeiter lediglich wegen seiner Betriebsratseigenschaft in der Kündigung bevorzugt würde, kann sich das erkennende Gericht unter keinen Umständen anschließen. Die anderen Arbeiter wollen doch gerade und haben dies durch ihre Wahl zum Ausdruck gebracht, daß die von ihnen Gewählten einen besonderen Kündigungsschutz genießen sollen. Die Erlaubnisurteilung gemäß § 97 WRG. darf nur in Ausnahmefällen bei vorliegenden ganz besonderen Umständen erteilt werden. Im vorliegenden Falle besteht aber für die Antragstellerin ohne weiteres die Möglichkeit, an Stelle des B. einen anderen Schlosser zu entlassen. Unbedenklich war daher der Antrag der Antragstellerin abzulehnen.

Arbeitslosigkeit und Invaliden-Versicherung

Eine alle um unsern Verband verdiente Kollegin schreibt uns:

Seit dem Jahre 1925 wird unsere Wirtschaftslage von Jahr zu Jahr kritischer, und man weiß bald nicht, wo aus und wo ein. Kurzarbeit, Werkbeurlaubung, Ausstellungen sind an der Tagesordnung. Ist ein Arbeiter 40-45 Jahre, dann ist er schon zu alt, und nirgends will man ihn wieder einstellen. Immer wieder muß man von den Arbeitgebern hören: „Die Geschäftslage ist sehr schlecht, die Arbeiterlöhne sind zu hoch, die Wirtschaft kann es nicht ertragen.“ Jawohl, wir Arbeiter und Arbeiterinnen sehen es, daß die Wirtschaftslage recht schlecht ist. Warum aber? Die Antwort lautet: Weil man dem Arbeiter keine Möglichkeit gibt, soviel zu verdienen, als er für seine Familie braucht. Es fehlt die Kaufkraft weitester Schichten unseres Volkes. Und immer wieder macht man der Arbeiterschaft vor, das Geschäft kann es nicht ertragen, man geht dabei zugrunde. Schauen wir einmal unsere Großindustriellen an, wie können sie leben, und was sie sich dabei nicht alles erlauben. Ein Arbeiter mit 3 oder 5 kleinen Kindern hat vielleicht ein Einkommen von RM. 150,- im Monat und oft dabei 3-4 Monate lang Kurzarbeit, oder er ist 3 Monate und noch länger ausgesteuert und muß von der Arbeitslosenunterstützung leben.

Unsere Arbeitgeber machen sich die Sache recht leicht; sie können es aushalten, bis die Geschäftslage wieder besser wird.

Es ist traurig aber wahr, daß immer bei dem kleinen Mann zuerst abgebaut wird. Und warum? Weil unsere Wirtschaftsführer kein Verantwortungsgesühl, keine Nächstenliebe mehr haben, weil sie im Arbeiter nicht mehr ihren Nebenmenschen, ihren Bruder erkennen. Oft frage ich mich, ob wohl die Arbeitslosigkeit so groß wäre, wenn die Arbeitgeber selbst die Arbeiter unterstützen müßten? Wo früher 2-3 Arbeiter waren, muß heute 1 Arbeiter dieselbe Arbeit verrichten; das gleiche trifft auch bei Frauen zu. Oft kommt es dabei vor, daß Frauen, welche schon Jahrzehnte in den Betrieben waren, an Berufskrankheit leiden; sie werden aus den Betrieben hinausgeschoben, ohne sie wieder einzustellen. Der Arzt erklärt

in den meisten Fällen, daß sie die Fabrikarbeit nicht mehr bewältigen können. Sie beziehen dann 26 Wochen die Krankenunterstützung und sind in der Hoffnung, die Invalidenrente zu bekommen; obwohl der behandelnde Arzt nach 26 Wochen erklärt, die Kranke ist auf die Dauer arbeitsunfähig. So werden sie meistens noch zu einem oder zwei Vertrauensärzten auf einige Tage zur Beobachtung geschickt, und diese finden dann meistens die Sache nicht so schlimm, oder wollen keine Krankheit finden. Diese Armen der Vermissten haben ihre ganze Lebenskraft einem Betrieb geopfert, haben oft noch 10 und mehr Jahre, bis sie 65 Jahre alt sind und müssen dann froh sein, wenn sie ein paar Mark Unterstützung vom Wohlfahrtsamt bekommen.

Eigenartig muß berühren, daß arbeitsunfähige Frauen mit 30-, 40- und mehrjähriger Dienstzeit, die mit großer Mühe noch einen kleinen Haushalt versehen können, keine Invalidenrente erhalten. Ist das der Sinn des Invalidengesetzes? Vom Vertrauensarzt wird ihnen nahegelegt, sie sollen einen „Zugehplaz“ annehmen. Ganz abgesehen von den Hunderten und Tausenden, die solche Plätze brauchen, will doch keine Familie eine kranke Zugehfrau. Und wenn man das Glück hat, einen solchen Platz zu bekommen, dann ist der Verdienst so niedrig, daß man nicht einmal seine Wohnungsmiete davon bezahlen kann.

Wäre hier nicht die Anerkennung der Berufsinvalidität am Platze? Drei und vier Jahrzehnte wurden Beiträge geleistet, und zuletzt muß man aus der Unterstützung vom Wohlfahrtsamt auch noch die freiwilligen Beiträge zur Invalidenversicherung bezahlen. Die Hoffnung, ein paar Jahrelein den Lebensabend zu genießen, ist dahin, an ihre Stelle tritt ein noch sorgenvolleres Leben. Verbittert steht man am Rand des Grabes, während obere Schichten in Saal und Braus leben. Der materialistische Zeitgeist ist es, der Tausende und Abertausende von Menschen ins Elend bringt.

In unsere Gewerkschaftsführer richten wir die herzlichste Bitte, die Arbeiterschaft in dieser Hinsicht zu unterstützen, ganz besonders unsere Führer, die im Reichs- und Landtag sind. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird ihnen dankbar sein.

Englische Baumwoll-Propaganda

Eine nationale Werbeaktion

In den letzten Jahren ist der Export der englischen Baumwollindustrie ständig zurückgegangen, nicht zuletzt unter der Auswirkung der Boykottbewegung gegen die englischen Waren in Indien. Es gibt ein altes Sprichwort über die Engländer, das heißt, „sie sagen Gott und sie meinen Cotten“ (Baumwolle). Dieses Sprichwort ist eine gute Charakterisierung der wirtschaftlichen Bedeutung der Baumwollindustrie für das gesamte englische Wirtschaftsleben. Mit allen Mitteln versucht die Baumwollindustrie den Rückgang ihrer Erzeugung zum Stillstand zu bringen. Da sie infolge der Eigenart der englischen Industriellen und ihrer individuellen Wirtschaftsführung zu keiner durchgreifenden Rationalisierung kommt, hat sie mit Hilfe des Lohndruckes eine Senkung ihrer Erzeugungskosten versucht. Diese Versuche haben kaum eine Preiserebilligung des Endproduktes gebracht, so daß eine Absatzvergrößerung nicht zustande kam. Da das Ausland immer mehr als Abnehmer ausfällt, versucht die englische Baumwollindustrie stärker als bisher auf dem Inlandsmarkt ihre Erzeugnisse abzusetzen.

Die Produkte der englischen Baumwollindustrie haben sich aber im Inlande nie besonderer Beliebtheit erfreut, so daß es erst einer großzügigen Propaganda bedurfte, um den englischen Käufer zur Verwendung seiner eigenen Baumwolle zu bewegen. Man hat diesen Propagandafeldzug mit einer nationalen Baumwollwoche eingeleitet. Es hat sich aus den Kreisen der Industrie ein besonderes Komitee gebildet, das diese nationale Baumwollwoche organisiert. Die englische Königin hat sich an die Spitze dieses Propagandafeldzuges gestellt. Sie selbst und ihr engerer Hofstaat haben in der Baumwollwoche, die am 7. Mai begonnen hat, ausschließlich Kleidungsstücke aus englischer Baumwolle getragen. In allen Städten Groß-Britanniens haben sämtliche Textil-Handelshäuser in ihren Schaufenstern für Baumwollware Propaganda gemacht. In einzelnen Geschäften ist man sogar soweit gegangen, innerhalb dieser Woche nur Baumwollwaren zu verkaufen und den Verkauf anderer textiler Fabrikate abzulehnen. Sehr oft verwendete man die sehr geschickte Methode des Beispiels und Gegenbeispiels, das heißt, man stellt fremde Baumwollwaren, darunter auch deutsche, aus und ihnen gegenüber die britische Ware. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei einer einigermassen geschickten Anordnung die britische Ware sich als die angeblich bessere erwies. Die Propaganda lautete dann auch mit echt englischer Bescheidenheit: „Diese Ware ist die beste und sie ist britisch.“ In manchen Städten läßt man von Mannequins (Vorfürbramen) täglich in den Straßen Baumwoll-Kleidungsstücke zur Schau tragen. Auch vier weibliche Abgeordnete des Unterhauses, die in den Industriestädten des Baumwollbezirks gewählt waren, trugen während der Parlamentsitzungen Baumwollkleider. Die einzelnen Geschäfte weitestens in einer geschickten Ausstellung und Darstellung der vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten der Baumwollwaren. So sah man nicht nur Anzüge und Mäntel aus Baumwolle, es wurden auch Hüte und gar Schuhe aus den Erzeugnissen der Baumwollindustrie ausgestellt.

Die englische Presse hat sich ganz in den Dienst dieser nationalen Werbung gestellt. In langen Spalten zählt sie die Mannigfaltigkeit der einzelnen Ausstellungen auf und bringt ausführlich die Reden, die während dieser Woche aus Anlaß der Eröffnung des Feldzuges auf den einzelnen großen Plätzen gehalten wurden. Trotz alledem verheißt sie nicht, daß kaum ein praktischer Erfolg erzielt werden wird. Alle Zeitungen sind fast übereinstimmend der Meinung, daß Kleidungsstücke und gar Wäsche aus Baumwolle heute nicht mehr dem Geschmack der Käufer-schichten entsprechen. Vor allem, daß die englische Frau und das englische Mädchen sich weigern, solche Waren zu tragen. Man versucht zwar mit guten und schönen Worten auf die Käufermassen einzureden und ihnen die Verwendung der Baumwolle als eine nationale Tat darzustellen. Jedoch ist man reichlich skeptisch, ob derartige Versuche einen praktischen Erfolg haben werden.

Dauernder Export-Rückgang

Die letzten aus der Baumwollindustrie veröffentlichten Zahlen zeigen einen dauernden Rückgang der Exporte sowohl der Stückware wie des Garnes. In den ersten drei Monaten des Jahres 1913 wurden an Stückware 1 773 424 100 Yards exportiert. In der entsprechenden Zeit des Jahres 1928 1 072 050 200, in den ersten drei Monaten des Jahre 1929 1 065 280 300 und in den ersten drei Monaten des Jahres 1930 907 097 200. — Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch nicht ganz so stark, hat der Export in Baumwolle Garn erfahren. Er betrug in den ersten drei Monaten des Jahres 1913 53 067 000 Lb. In der entsprechenden Zeit des Jahres 1928 44 889 300, des Jahres 1929 44 166 600 und des Jahres 1930 38 106 500. Gerade die Entwicklung der beiden letztgenannten Erzeugnisse zeigt, wie außerordentlich die englische Baumwollindustrie unter dem veränderten Weltmarkt zu leiden hat und wie stark der Rückgang im Absatz geworden ist. Ein solcher Rückgang mußte sich auch auf die Zahl der Beschäftigten in der Baumwollindustrie auswirken. Während im Jahresdurchschnitt am 15. 3. 13,9 v. H. der versicherten Arbeitnehmer in Großbritannien arbeitslos waren, betrug der Bombardiertatz in den Gebieten der Baumwollindustrie, also vor allem in Lancashire, 27,5 Prozent, er war also fast doppelt so groß wie der Durchschnitt für ganz Großbritannien.

Die Tatsache, daß die englische Baumwollindustrie eine nationale Werbeaktion veranstaltet, ist ein deutliches Zeichen, wie sehr die Baumwollindustrie um ihre Existenz kämpft. Auch in Deutschland wird zur Zeit eine Gemeindefortschrittpropaganda für deutsche Tuche durchgeführt. Wir sollten uns an dem nationalen Vorgehen der englischen Industrie als Käufer nicht ein Beispiel nehmen und unsererseits nur deutsche Tuche verwenden. Die Rückbesinnung der Industrie, die bisher fast ausschließlich den Auslandsmarkt sah, auf den Inlandsmarkt, hat langjam eingeseht, und es wäre zu wünschen, wenn diese Rückbesinnung sich auch auf den deutschen Verbraucher und auf die deutsche Arbeitnehmerschaft auswirken würde.

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung und die Arbeitslosenversicherung

In Nummer 24 vom 15. Juni schreibt die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung einen Leitartikel unter der Überschrift: „Mitt- und Reichsteuern statt Lastensenkung“. Dieser Artikel endigt mit folgenden Sätzen:

„Es wird immer noch von Notopfer bezw. „Reichshilfe“ gesprochen. Dabei handelt es sich um eine Zwangsmassnahme, die eine sehr wesentliche und in ihrer Dauer überhaupt nicht befristete Einkommensteuererhöhung (um 40 bezw. 50 Prozent) bezw. eine recht-fühlbare Gehaltskürzung bedeutet zu Gunsten einer Einrichtung, deren mifßbräuchliche Ausnutzung niemand abzuleugnen mag, die aber niemand aus politischen Gründen anzutasten wagt. Sie soll auferlegt werden solchen Kreisen, die mit der Arbeitslosenversicherung überhaupt nichts zu tun haben, während die Organisationen, die die Beibehaltung des falschen Systems fordern und deren Vermögen Hunderte von Millionen beträgt, an eine Beteiligung überhaupt nicht denken. Gerade eine Regierung wie die jetzige hat die Pflicht, sich dieser Tatsache klar zu werden und alles zu tun, um den jetzigen Zustand, den ihr die sozialistisch orientierte Wirtschaft früherer Zeiten überliefert hat, möglichst bald zu beseitigen.“

Dass die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung kein Freund der Sozialversicherung ist, läßt sie wohl in jeder Nummer durchblicken. Eine derartige Verdrehung der Tatsachen, wie sie in diesem Artikel vorgenommen wird, hätten wir ihr doch nicht zugetraut. Sie redet von mifßbräuchlicher Ausnutzung der Versicherung, als wenn dies nur so an der Tagesordnung wäre. Dabei sind in der letzten Zeit wiederholt Verschärfungen im Bezug der Arbeitslosenunterstützung eingetreten, so daß die Arbeitsämter durchaus die Möglichkeit haben, ungebührliche Ausnutzung zu verhindern. Sozial uns bekannt ist, machen viele Arbeitsämter von dieser Möglichkeit so weitgehend Gebrauch, daß der Versicherungscharakter sehr stark vermischt wird. Doch derartige Dinge braucht die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung nicht zu sehen. Ihr kommt es nur darauf an, die Arbeitslosenversicherung in Mißkredit zu bringen, um so auch eine Waffe gegen das geplante Notopfer zu haben. Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist ihr Schlagwort. Sie versteht darunter jedoch nur Leistungsabbau. Alle bisherigen Abbaumaßnahmen gehen ihr nicht weit genug. Sie möchte den Abbau so weit treiben, bis nichts mehr abzubauen ist.

Ein Glück, daß auch die Bäume der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung nicht in den Himmel wachsen.

Verichte aus den Ortsgruppen

Füssen a. L. Wir wohnen in einem Städtchen, das, an seiner Größe gemessen, äußerst viel Sehenswürdigkeiten aufzuweisen hat. Das alte Kloster, in dem jetzt das Rathaus untergebracht ist, nebst der kath. Kirche und dem Schloß zeugen von hoher, alter Kultur. Von Bergen umkränzt, haben wir's nicht weit, um schöne Partien machen zu können. Raum eine Stunde entfernt liegen die Königsschlösser Hohenschwangau und Neuschwanstein. Das alles ist dazu angetan, im Sommer einen riesigen Fremdenverkehr bewilligen zu müssen. Die vielen Hotels und privaten Unterkunfts-möglichkeiten geben davon ein deutliches Zeugnis. Wenige aber von denen, die bei uns Erholung suchen, machen sich Gedanken darüber, wie durch den Fremdenstrom die Lebensverhältnisse verunreinigt werden. Und auch klein wird die Zahl der Fremden sein, die dem großen Hanfwerk Füssen, in dem 1400 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, Beachtung schenken. Wir wollen den Leuten daraus keinen Vorwurf machen, weil schließlich der größte Teil sich geistige und körperliche Erholung sucht.

Was uns christlich-organisierte Arbeiter bewegt, ist die sonderbare Haltung eines großen Teiles christlich-gesinnter Arbeiter und Arbeiterinnen, die entweder sozialistisch oder gar nicht organisiert sind. Sie sind sehr wohl fleißige Kirchgänger und glauben damit ihrer Christenpflicht genügt zu haben. Weiter denken wollen sie nicht, damit sie ihre — Ruhe haben. Diese Gleichgültigkeit hat sich schon auf verschiedenen Gebieten gezeigt. Hatte die christliche Arbeiterschaft bisher im Stadtrat eine Vertretung, so wurde sie bei der letzten Wahl durch ihre Vertretungslosigkeit von den Bürgern hinausgewischt. Es ist doch geradezu grotesk, wenn eine so große Zahl von christlich-gläubigen Arbeitern keinen Fürsprecher im Stadtparlament hat. Wir wissen, daß bei solchen Wahlen die fleißigen Kirchgänger sozialistisch wählen. Von 16 Stadträten sind 7 Sozialdemokraten. Bei den letzten Wahlen haben letztere um 3 zugenommen. An diesen Zuständen ist nicht zuletzt auch unsere Geistlichkeit nicht schuldig. Zeit vielen Jahren hört man in der Öffentlichkeit kein Wort der Aufmunterung mehr, den konfessionellen Vereinen und christlichen Gewerkschaften beizutreten. Dazu ist u. U. selbst keine Kanzel nötig. Es gibt ja soviel Möglichkeiten, und es wäre doch eine Pflicht, dem christlich-gesinnten Teil der Arbeiterschaft Stütze zu sein. Der Gleichgültigkeit der christlichen Arbeiterschaft wird dadurch nur noch Vorjubel geleistet.

braucht man sich denn noch zu wundern, wenn in den Hanfwerken die christlich Organisierten manches über sich ergehen lassen müssen. Doch halt! Es müßte nicht sein, wenn diese in vollem Umfang mehr Schneid an den Tag legten. Der Wirtgen sind zu wenig. Wie könnte es sein, daß der sozialistische Betriebsratsvorsitzende eine Agitation im Betriebe betreibt, die dem Befehl durchaus widerspricht? Bei den dreimaligen Entlassungen von insgesamt 190 Arbeitern wurden viele von unseren Mitgliedern betroffen. Unser Betriebsrat, Kollege Frank, gab sich die größte Mühe, Härten zu vermeiden. Wenn ihm das gelang, dann prüft sich der Betriebsratsvorsitzende an diese Leute heran, um sie zum Uebertritt zu bewegen. Wir werden dieser Art Tätigkeit des Betriebsratsvorsitzenden ein ganz besonderes Augenmerk zuwenden.

Die christliche Arbeiterschaft muß daraus die Lehre ziehen, alle Kräfte anzuspannen, um uns Geltung zu verschaffen. Dazu gehört mutiges Eintreten für unsere Organisation und der christlichen Ueberzeugung.

Am 29. Mai haben sich in Kaufbeuren die Betriebsräte des Sekretariates **Kempten** zu einem Betriebsrätekuriosus zusammengefunden. Mit Ausnahme Memmingen waren alle Orte mit 19 Betriebsräten vertreten. Als Kuriosleiter hatte Kollege **Kocherl** (Augsburg) mit seinen reichen Erfahrungen sofort die Arbeitsgemeinschaft hergestellt. Fragen und Antworten in großer Zahl haben gezeigt, wie umfangreich das Betriebsrätegesetz sich auswirken kann. Behandelt wurde das Sitzungs-verfahren, die Betriebsversammlung, die Zuständigkeit des Betriebsausschusses, das Aufgabengebiet nach § 78 und das Einspruchsverfahren bezw. Schlichtbestimmungen. Schließlich des Sitzungsverfahrens wurden Fragen laut, daß es Betriebsräts-bezw. Arbeiterratsvorsitzende gibt, die bei der Direktion alles allein machen wollen und den Arbeiterrat übergehen. Demgegen-

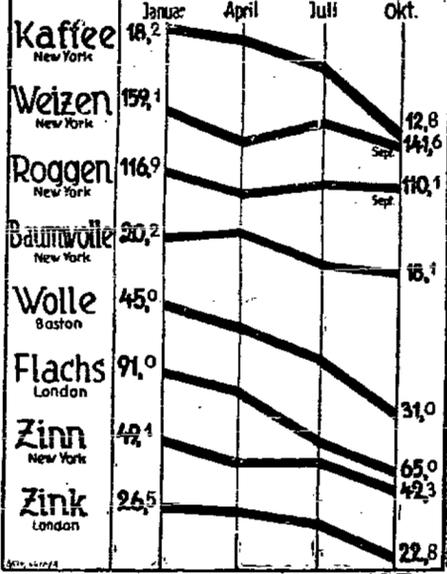
über verwies der Referent auf § 28 des BRG, wonach die rechtliche Stellung des Vorsitzenden festgelegt ist. Der Vorsitzende hat nicht das Recht, allein mit dem Arbeitgeber Vereinbarungen zu treffen. Er hat vielmehr die Aufgabe, zu allen Fragen Sitzungen einzuberufen, diese zu leiten und die Beschlüsse des Betriebs-bezw. Gruppenrates zu vertreten. Alle Vereinbarungen, die der Vorsitzende ohne vorherige Zustimmung der Betriebs- oder Arbeiterratsmitglieder trifft, sind ungültig. Auch der § 31 des BRG muß von dem Vorsitzenden beachtet werden. Es ist nicht zulässig, wie BR-Vorsitzende glauben, zu den Sitzungen in einseitiger Weise nur den Gewerkschaftsführer ihrer Richtung zu laden, es müssen die Gewerkschaftsführer aller im Betriebsrat vertretenen Verbände geladen werden. Die Ladung muß rechtzeitig erfolgen. In Betriebsversammlungen dürfen nur Angelegenheiten über Betriebsverhältnisse behandelt werden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß aus Betriebsversammlungen politische Versammlungen werden. Gewerkschaftsführer haben Zutritt zu den Betriebsversammlungen, wenn auch nur ein Mitglied des betreffenden Verbandes bei der Betriebsversammlung anwesend ist. Betriebsversammlungen, die auf Verlangen des Arbeitgebers stattfinden, können von demselben auch besucht werden.

Vieljauch werden Klagen darüber geführt, daß in Betrieben, in denen ein Betriebsausschuß besteht, dieser die Arbeiterangelegenheiten regelt. Diese Auffassung ist durchaus falsch. Der Betriebsausschuß ist nur zuständig in Angelegenheiten der §§ 71, 72, 73 Abs. 3 und 74 des BRG. Aber auch da hat der Betriebsausschuß nur beschränkte Zuständigkeit. Beschlüsse des Betriebsausschusses z. B. beim Einspruch über Entlassungen sind ungültig, ebenso über Regelung von Lohn- oder Arbeitsverhältnissen.

In längeren Ausführungen beschäftigte sich der Kurios noch mit dem § 78 des BRG, wonach der Arbeiterrat eine Reihe von wichtigen Aufgaben hinsichtlich der Durchführung der Tarifverträge, ferner der Festsetzung der Akkord- und Stücklohn-

Fallende Preise!

Preisrückgang wichtiger Produkte an ausländischen Märkten 1929



Fallende Preise.

kurzeit zeigt sich auf dem Lebensmittel- und Weltwarenmarkte eine stetige Ermäßigung. Man kann somit konstatieren, daß in gewissem Sinne eine Deflation, also ein Ausgleichen der Preise und die Rückkehr zu normalen Verhältnissen eingetreten ist. Diese rückläufige Preisbewegung dürfte vor allem durch eine Einschränkung der Kaufkraft, dann aber auch durch die Kursstürze an den Effektenbörsen eingetreten sein. Dieses Fallen der Weltmarktpreise sollte zwangsläufig auch eine Verbilligung der deutschen Preise für Lebensmittel und Industrie-Rohstoffe bringen.

füge, der Bekämpfung von Unfallgefahren usw. zu erfüllen hat. Einen breiten Raum nahm auch das Einspruchsverfahren ein. Auch hier konnte auf Grund der Urteile Klarheit geschaffen werden.

Zum Schluß richtete Kollege **Kocherl** an die Kuriosteilnehmer noch die Bitte, das Betriebsrätegesetz für die Arbeiterschaft so in Anwendung zu bringen, wie es der Gesetzgeber wollte. Wir brauchen keine Bürokratisierung und wollen auch nicht, daß unsere Betriebsräte zu Prozeßhanteln werden. Wir wollen in gerechter Weise die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten. Mit herzlichem Dank an den Referenten konnte Kollege **Geiger** den interessanten Kurios schließen.

Marktsa. Kollegin **Fischer** aus Dresden war in den letzten Wochen auf einer Vortragsreise durch Schlesien begriffen und schloß diese Reise am Himmelfahrtstage in Marktsa ab. Aus diesem Grunde hatte die hiesige Ortsgruppe ihre Mitglieder für nachmittags 3 Uhr in den Gasthof zum Kronprinz eingeladen und auch Mitglieder der Ortsgruppen **Görlitz**, **Lauban** und **Schönbach** waren erschienen. Der Vorsitzende, Kollege **Limprecht**, begrüßte die zahlreich Erschienenen, insbesondere auch die Rednerin, und erteilte ihr das Wort zu ihrem Vortrage über ihre Erfahrungen als Arbeiterin in Amerika. Kollegin **Fischer** verstand es in ihrem Vortrage ausgezeichnet, ihre Beobachtungen und Eindrücke im Dolle zu schildern, so hat der Weltkrieg zu schildern. War früher Amerika auf Anleihen in Europa angewiesen, um seine Schätze heben zu können, so hat der Weltkrieg eine gewaltige Wandlung geschaffen, denn Amerika ist jetzt der gläubige Europas. Die Rednerin erzählte zunächst von ihrer Ueberfahrt auf dem Dampfer „**Karlsruhe**“, gab ein Bild von den prächtigen Einrichtungen auf demselben, von den mannigfachen Unterhaltungsgelegenheiten, von der Vorzüglichkeit der vorzüglichen Küche, dem reichhaltigen „**Keller**“ usw. Drei Stunden vor New York große Begeisterung angefangen der Kistenstadt mit der Freiheitsstatue (man jagt zwar, daß hinter der Statue die Freiheit alle sei); aber vor der Landung erst Unterziehung ärztlicher Untersuchung, Prüfung der Reisepapiere. Dann folgte eine kurze Beschreibung von Brooklyn und der Hudsonbrücke, die von einem deutschen Ingenieur erbaut ist. Der erste Eindruck von New York ist: sehr viel Licht und sehr viel Lärm. In New York blieb Kollegin **Fischer** nur zwei Tage, hat dort aber leider wegen Krankheit nicht viel gesehen, und kam dann in die Gegend von Philadelphia. Von dort mußte sie sehr genau zu berichten über die Wohnverhältnisse, das Schulwesen, den Sport, der natürlich erst interessant ist nach amerikanischem Begriff, wenn es Hippenbrüche gibt, die Technik, die sie einigermassen entzückt hat, die hygienischen Einrichtungen, die auch nicht auf der Höhe sind, die Arbeitszeit, die selten nur acht Stunden, oft bis zwölf Stunden betrage, den Arbeitsverdienst,

der teilweise sehr schlecht sei in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse und der Negerkonkurrenz. Eine rühmliche Ausnahme bilden die Fordwerke, die den Achtstundentag und die Bierzigstundemwoche (Sonnabends arbeitsfrei) eingeführt haben und ihre Arbeiter auch besser entlohnen. Stellenvermittlungen wie bei uns gibt es in Amerika nicht, doch nehmen sich die Konfessionen der Vermittlung an. Nach Ablauf ihres achtwöchigen Kurses an einer Hochschule (einer sogenannten Sommerhause, die diese Lehrgänge während der Hochschulferien abhält) suchte Kollegin **Fischer** Privatstellungen, war zunächst als Serviermädchen, dann als Zimmermädchen und später in einer Wäsche-fabrik tätig. Auch aus dieser Zeit konnte sie sehr viel Interessantes berichten, wie schwer es für Landstrebende sei, überhaupt Beschäftigung zu finden. In den meisten Haushaltungen und Betrieben frage man nicht nach Papieren, sondern was man kann; auch gäbe es keine Kündigung, wenn es nicht gefällig, der geht, und wer nicht gefällt, wird entlassen. Gewerkschaften gibt es wohl auch in Amerika, jedoch haben diese aus verschiedenen Gründen einen sehr schweren Stand; sie sind in keiner Weise mit den deutschen Gewerkschaften zu vergleichen. Von all diesen Gesichtspunkten aus behandelte die Vortragende auch das Einwanderungsproblem. Daß jeder fünfte Amerikaner ein Auto habe, stimme wohl; aber man sollte ja nicht meinen, daß die Arbeiter alle neue Kraftwagen hätten. Ehe der fünfte in den Besitz eines Wagens komme, sei dieser schon von vier Vorbesitzern benutzt worden; in Betracht komme auch, daß die Arbeiter ihre Autos billig aus der Fabrik beziehen, in der sie beschäftigt sind. Solidaritätsgefühl kenne der amerikanische Arbeiter kaum; sein Bestreben sei, sich sobald als möglich zur Ruhe setzen zu können. Sein Erpartes trage er nicht auf die Sparkasse, sondern lege es in Aktien an oder spekuliere an der Börse. Soziale Einrichtungen wie in Deutschland die Kranken-, Alters-, Invaliden-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, kennt man in Amerika nicht. Schließlich kam Kollegin **Fischer** doch noch nach New York und konnte auch von hier über die verschiedenen Eigenheiten erzählen. Interessant waren ferner die Ausführungen über die Vormachtstellung der Frauen, die auch bei Heiraten nur nach Geld und Titeln fragen, über die Alkoholfrage, die Deutsch-fremdschaft, die gar nicht so ausgeprägt sei, wie sie öfters geschildert wird, das Kirchenwesen und Sektentum. Die Heimreise erfolgte mit dem Dampfer „**Berlin**“; auch sie erhielt kurze Beschreibungen wie auch die Ankunft in Bremerhaven. Mit einer Warnung vor unüberlegter Auswanderung nach Amerika, wo es zurzeit auch fünf bis sechs Millionen Arbeitslose gäbe, und mit einer Mahnung zu ihrem Zusammenhalten in der Gewerkschaft und eifriger Werbung für diese schloß Kollegin **Fischer** ihren interessanten Vortrag, für den ihr reichlicher Beifall lohnte. — Die Beratung über den Entwurf einer Altersversorgung im Ver-bande mußte von der Tagesordnung abgesehen werden, da die Unterlagen hierzu von der Zentrale noch nicht ausgegeben waren. Berdeangelegenheiten wurden besprochen und ein Auszug nach der Kistenbrücke in Aussicht genommen. Die nächste Versammlung soll am 24. Juni stattfinden und die Julierversammlung voraussichtlich ganz ausfallen.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Warum soziale Reaktion? — Wirtschaftsnot — Volksnot! — Internationale Arbeitslosigkeit. — Ausdehnung der Krisenunterstützung! — Arbeiternot und Geldverschwendung. — Aufhebung des Arbeiterinnen-schutzes? — Frauenarbeit in Württemberg-Hohenzollern. — Der Einfluß der Textilarbeit auf die Frau. — Die Jugend ruft nach Arbeit. — Ein beachtliches Arbeitsgerichts-urteil. — Arbeitslosigkeit und Invalidenversicherung. — Englische Baumwoll-Propaganda. — Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung und die Arbeitslosenversicherung. — Feuilleton: Die Leiter. — Eine gute Wehr. — Verichte aus den Ortsgruppen: Füssen a. L. — Kempten. — Marktsa.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastr. 7.

Lästiger Schweißgeruch

der sich besonders in den Achselhöhlen beim Tanz und Sport für die Umgebung unangenehm bemerkbar macht, verschwindet sofort durch **Leoform-Creme**. Diese Anti-Schweißcreme vermindert, ohne die Wäsche zu verändern und ohne den normalen Schweiß zu unterdrücken, übermäßiges Transpirieren und verdrängt einen herrlichen Stoffgeruch. Tube 1 Mk. — Zu haben in allen Apotheken, Drogerien bzw. Chlorodont-Verkaufsstellen.

Roman Greulich

Lithogr. Anstalt Berlin NO 43 Beitragsmarken Rabattmarken Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit Ohrgeräusch, nervösen Ohrenscherzen, Glänzende Ackerungen. Dr. med. **Rosenbach** München, 66, Bayerstr. 35/2

Heil- und Wundsalbe altbewährt als wohlfeilstes und schmerzstillendes Mittel bei offenen Wunden, allen, leichtesten Wunden, Brandwunden, Verbrennungen, 1 Dose 1 Mk., 4 Dosen 4 Mk.

Meine Hellerfolge Ausgewöhnlich bei Flechten, Ekzemen, offene Beine, Hautausschläge jeder Art besonders juckreizstillend. Keine Salbe, kein Tee, keine Bestrahlungen. Gutachten erster Fachärzte. Auskunft erteilt H. Müller, Neustadt a. H. Ludwigstraße 2 Auskunft geg. Rückporto.

Sächsische Bettfedern Fabrik Paul Hoyer, Deltzsch 103 Prov. Sachsen, Angerstraße 4 sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikspreisen Formor prima Bettinlett. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei.

„Der Deutsche“ ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers

Wer kauft bei Uhren-Klose? Reklamepreis! nur 4 Mk.

toilette Uhren, Herrenuhren, Damenuhren, 52, stark veredelt ca. 80 Stück, Wert genau reguliert. Nr. 51 bis 54, edel veredelt, m. Gold- u. Schwarz, nur 5,00 Mk. Nr. 55 bis 58, edel veredelt, m. Silber, nur 4,50 Mk. Nr. 59 bis 62, aber kleinerer Form, nur 2,50 Mk. Nr. 63 bis 66, edel veredelt, m. Gold, nur 12,00 Mk. Nr. 67 bis 70, edel veredelt, m. Silber, nur 12,00 Mk. Nr. 71 bis 74, prima Wertwerk, 10 Steine, nur 25,00 Mk. Nr. 75 bis 78, prima Wertwerk, 15 Steine, nur 25,00 Mk. Nr. 79 bis 82, kleinere Form, nur 10,00 Mk. Nr. 83 bis 86, kleinere Form, nur 8,00 Mk. Nr. 87 bis 90, kleinere Form, nur 12,00 Mk. Nr. 91 bis 94, edel veredelt, 10 Steine, nur 15,00 Mk. Nr. 95 bis 98, edel veredelt, 10 Jahre Gar., gefemp., 20,00 Mk. Nr. 99 bis 102, edel veredelt, gefemp., nur 25,00 Mk. Weder, 1. Weltkrieg, nur 3,50 bis 6,00 Mk. Metall-Uhrzeit, nur 0,25 Mk. Feuertester, veredelt 0,50 Mk., edel veredelt 1,00 Mk. edel veredelt 1,50 Mk., edel veredelt nur 2,00 Mk. edel veredelt 3,00 Mk., Goldveredelt nur 6,00 Mk. erhalten 1.00 Mk. Nachstrich und eine Kapsel gratis bei Bestellung einer Uhr zu 5,50 Mk. oder mehr. Von den Uhren verkauft ich jährlich 10 000 Stück.